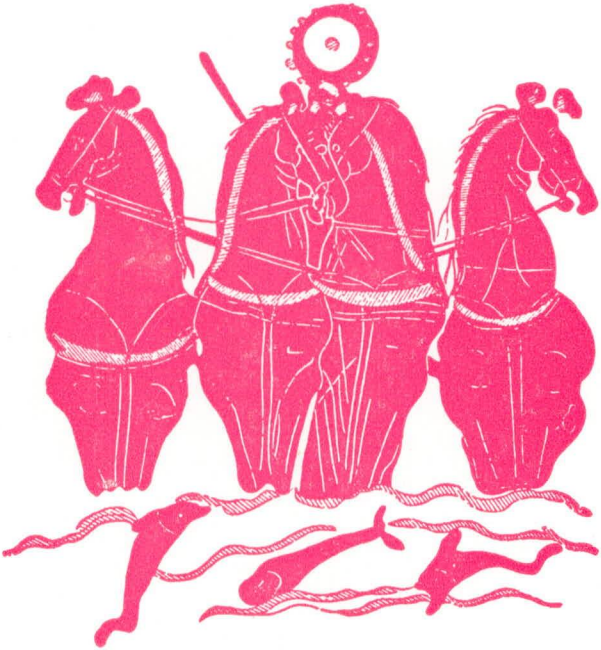
1 S 20587 F



FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

FOLGE 68

OSTERN 1968

Fortdauer der sich bewußt gewordenen Idee als
Individuum ist Grundansicht meines Denkens,
aber Fortdauer in Metamorphosen,
mit Abstreifung aller Zufälligkeit der Existenz
und immer neue Entfaltung des selben ewigen Geistes,
der selben Monade und in stets neuer Form.

Goethe

(Mitgeteilt von Carl Gustav Carus)

FRAGEN DER FREIHEIT

Schriftenreihe für Ordnungsfragen der Wirtschaft,
des Staates und des kulturellen Lebens

FOLGE 68

Ostern 1968

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch
Lothar Vogel
Postverlagsort: 65 Mainz

Inhaltsübersicht

Seite

Prof. Dr. Romano Guardini

Pluralismus und Entscheidung 3

Herbert K. R. Müller

Die Bodenwerte steigen um 100 Milliarden DM 19

Hans Hoffmann

Die Zweiteilung des Goldmarktes 22

Vater, was ist eigentlich ein Dollar? 29

Diederich Römheld

Das Zinsproblem 31

Zahlen aus der Volkswirtschaft 35

Giovanni Papini

Besuch bei Picasso 36

Kurt Oster

Die Enzyklika „Populorum progressio" und die Wirtschaftsfrage 38

Buchbesprechungen 42

Ankündigung 47

Vorläufiges Programm der 22. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 2. bis 12. August 1968 in der Bauernschule in Herrsching am Ammersee

Pluralismus und Entscheidung

Vortrag von Prof. Dr. Romano Guardini anläßlich des Deutschen Volkshochschultages in Frankfurt am Main am 22. November 1961*)

Vorbemerkung

In einem Gespräch über den Gegenstand dieses Vortrages meinte Herr Hellmut Becker, ich solle sagen, was der Theologe von der Volkshochschule erwartet. Das Wort veranlaßt mich zu einer Vorbemerkung.

Ich soll als Theologe sprechen; das heißt, als ein Mann, der die biblische Offenbarung darzulegen und von ihr her auf die Fragen des Daseins zu antworten hat. Nun kann ich natürlich nicht den Anspruch erheben, auch im Namen der evangelischen und jüdischen Theologen zu sprechen. Doch ist es mein Wunsch, es so zu tun, daß diese dem Gesagten zustimmen können.

Was der Theologe sagt, soll aber auch der nicht biblisch Denkende als hörenswert, besser noch, als richtig ansehen können. Ich werde also vom Menschlich-Geschichtlichen ausgehen; so kann jeder Hörer es prüfen und sich sein Urteil bilden.

Endlich: Wenn der Theologe sagen soll, was er von der Volkshochschule erwartet, dann bedeutet das ein Doppeltes: was er von ihr erhofft, aber auch, was er von ihr befürchtet. Er muß von den positiven Möglichkeiten sprechen, die er in ihr sieht, aber auch von den negativen Wirkungen, die von einem falschen Verständnis ihrer Aufgabe ausgehen könnten. Beides gehört zusammen; ich bitte Sie aber, das zweite vom ersten her verstehen zu wollen.

Wie Sie sehen, ist die Aufgabe nicht einfach. Aus dem theoretischen Problem selbst wie auch aus der heutigen Situation erwachsen nicht geringe Schwierigkeiten. Doch hoffe ich, daß sich etwas Nützliches sagen läßt. Brauche freilich nicht zu betonen, daß es weder erschöpfend noch endgültig sein soll, sondern ein Beitrag zu Fragen, die viele empfinden.

*) aus „Sorge um den Menschen" Band 1, S 139 ff, 3. Aufl. 1967
Abdruck erfolgt mit der freundlichen Erlaubnis des Verfassers und des Werkbund-Verlages Glonn-Weckerling

Die Idee der Volkshochschule gestern

Zum Verständnis der heutigen Situation geht man wohl am besten von der Frage aus, was die Volkshochschule ursprünglich gewollt, und wie sie sich seitdem entwickelt hat.

Lassen Sie mich mit einer Erinnerung beginnen. Nachdem das nationalsozialistische Kultusministerium meinen Lehrstuhl an der Berliner Universität aufgehoben hatte, lebte ich in dem schwäbischen Dorf Mooshausen, nicht weit von Memmingen. Da tauchte im Herbst 1945, nachdem der Krieg zu Ende gegangen war, auf einem ziemlich ramponierten Motorrad ein junger Mann auf und wünschte mich zu sprechen. Es war Otto Aicher; Sie kennen ihn von der Ulmer „Hochschule für Gestaltung" her, die er zusammen mit einem Kreis von Freunden ins Leben gerufen, und die eine so fruchtbare Entwicklung genommen hat. Nach kurzer Vorstellung erklärte er: „Herr Professor, es muß was geschehen!"

Über das „Daß" brauchten wir nicht zu diskutieren; über das „Was" im Grunde auch nicht; Frage war nur das „Wie". Wir begannen mit einzelnen Vorträgen, aus denen dann, durch die Tatkraft des damaligen Ulmer Oberbürgermeisters, Herrn Robert Scholl unterstützt, die dortige Volkshochschule heraufwuchs. Worum es in ihr ging, wird am besten deutlich, wenn ich sage, daß der erste, von mir in der Ulmer Martin-Luther-Kirche gehaltene Vortrag zum Thema hatte „Die Wahrheit". Als Illustration für die Stimmung, die damals überhaupt herrschte, darf ich vielleicht noch hinzufügen, daß ich im gleichen Herbst einen Ruf an die Universität Tübingen bekam, und dort manch einer der Professoren zum anderen ins Kolleg ging, um zu hören, wie es klinge, wenn nach all der geistigen Verlogenheit und Verwilderung wieder offen und verantwortlich von der Sache her gesprochen werde.

Das war es also, was geschehen mußte: Eine Stätte sollte geschaffen werden, wo Wahrheit gesagt und gehört würde. Aus dieser Gesinnung ist die Ulmer Volkshochschule entstanden und ein schönes Beispiel dafür geworden, was geistiger Mut und ernster Arbeitswille zustande bringen können.

Auf die geschichtliche Entwicklung der Volkshochschule im einzelnen kann ich nicht eingehen, würde Ihnen auch nichts Neues zu sagen haben. Was sie trug, war einmal die Tatsache, daß in der Neuzeit die Wissenschaft zur Grundlage des Bewußtseins von der Welt und zur Basis des praktischen Verhältnisses zu dieser, nämlich der Technik, geworden ist. Ein zweites Moment war der demokratische Wille, wonach etwas derart Bedeutungsvolles kein Vorrecht einer einzelnen Schicht der Gesellschaft bleiben, vielmehr die Allge-

meinheit an ihm Anteil haben soll — an der kulturellen Bereicherung, die es gibt, wie an der Macht, die es vermittelt.

Was aber die Form betrifft, wie diese Anteilnahme zu gewinnen war, so lag das Vorbild dafür, wie schon der Name sagt, in der Universität; denn es sollte sich ja, im Unterschied zur Fachschule, um eine Bildungsbestrebung handeln, die sich grundsätzlich auf das Ganze des Wißbaren richtete. Andererseits mußte es doch wieder etwas Angepaßtes, Vermittelndes sein, da nicht die Bildungsbedingungen der Universitätsarbeit, sondern die der Allgemeinheit, also ungefähr jene vorausgesetzt sein sollten, die zwischen Elementar- und höherer Schule lagen.

Dabei zeigte sich bald eine Gefahr, die Ihnen bekannt ist; Sie haben alle mit ihr zu kämpfen. Die Menge des Wißbaren und Interessanten ist groß; immer neue Gebiete erschließen sich; innerhalb des gleichen Gebiets ruft immer eine Frage die andere wach; so nehmen Lehr- wie Lernarbeit leicht den Charakter des Vielerlei, ja des Chaotischen an. Die Frage erhob sich — die ja auch, auf ihrer Ebene, eine der Grundfragen der Universität ist —, wie diese Vielheit zu ordnen sei. Die Versuche, das vom Stoff her zu erreichen, bilden zum großen Teil die innere Geschichte der Volkshochschule. Freilich zeigt eben diese Geschichte auch, daß es vom bloßen Wissensmaterial her einen in echter Weise ordnenden Gesichtspunkt nicht gibt, weil jedes Erkennbare den Anreiz mit sich trägt, erkannt zu werden — auch das eine Analogie zur Universität, bei welcher der Charakter des Universalen immer mehr den der geformten Ganzheit verliert und in den des Quantitativen übergeht.

So wurde deutlich, der ordnende Gesichtspunkt müsse im Menschen gefunden werden. Es handle sich um etwas, das den Charakter der „Bildung" habe; um ein Wissen nämlich, das der Lebensformung zu dienen hat. Dieser Gesichtspunkt wurde so zum Ausdruck gebracht, bei aller Verpflichtung durch die Sache gehe es im Letzten nicht um verdünnte Wissenschaft, sondern darum, daß der Hörer — und vorher der Lehrende — sich selbst in seinem Verhältnis zur gegenwärtigen geschichtlichen Stunde, zur umgebenden Gesellschaft und Kultur, schließlich zur Welt überhaupt verstehe. Eine gute und einleuchtende Bestimmung.

Damit stehen wir aber vor einem neuen Problem — so wesentlich und schwierig, daß an ihm die Arbeit einer echten Volkshochschule zu scheitern und sie doch zu einer bloßen Wissensvermittlung zu werden droht. In der genannten Aufgabe handelt es sich nämlich nicht nur um eine Frage der methodisch richtigen Auswahl und Darbietung, sondern um eine solche der Deutung und Bewertung.

Beidemal geht es um Wahrheit. Hier wie dort müssen Lehrender und Hörender in jenem Einverständnis stehen, das der gemeinsame Wille zur

Wahrheit begründet. „Wahrheit" bedeutet aber hier nicht nur, wie bei den Fachwissenschaften, Verpflichtung durch die Sache — ob es sich nun um Gegenstände der Natur, oder der Geschichte, oder der Kultur handelt —, sondern auch um die Richtigkeit der Daseinsdeutung; um das Verständnis des wirklichen Menschen; um das rechte Verhältnis zwischen ihm und der sachlich erforschten Wirklichkeit. Damit sind wir aber bei jenen Problemen, die wir mit dem Namen „Weltanschauung" auszudrücken pflegen.

Das Wort ist fragwürdig. Wer die Geschichte dieser Fragwürdigkeit darlegen wollte, müßte die Geistesgeschichte vieler Jahrhunderte darstellen. Näherhin jenen Vorgang, in welchem der Glaube an die biblische Offenbarung und die Deutung des Daseins von ihr her nicht mehr als allgemeingültig empfunden wurde und an die Stelle religiös begründeter Gewißheit eine subjektiv bedingte Ansicht trat. Welche Ansicht selbst dann immer unbestimmter wurde; echte, die Existenz bestimmende Verbindlichkeit immer mehr verlor. Was bedeutet das für unsere Frage?

Die Pluralität

Wenn der vom heutigen Chaos der geistigen Standpunkte Herkommende auf das Mittelalter blickt — dabei vorausgesetzt, daß er keine festgewordenen Vorurteile mitbringe —, dann gewinnt er vor allem einen Eindruck: den einer großen Einheit. Die geistige Welt ist von der Offenbarung her bestimmt. Eine in der Kirche sich ausdrückende Ordnung formt alle Bereiche des kulturellen Lebens. Im Politischen wirken mächtige Einheitsvorstellungen, vor allem die des Reiches. Ein in den verschiedenen geschichtlichen Phasen jeweils einheitlicher künstlerischer Stil gibt das Gefühl eines geschlossenen, an jeder Stelle mit symbolhafter Bedeutung gesättigten Kosmos, der den einzelnen trägt und führt.

Sobald der Betrachter die beinahe ein Jahrtausend umfassende Epoche näher kennenlernt, sieht er freilich auch die Vielartigkeit, die in alledem herrscht: die Eigenheiten der Volksart; die sozialen Spannungen; die Einwirkungen des Orients. Er sieht die zahlreichen geistigen Strömungen, ebenso wie die höchst mannigfaltigen religiösen, sittlichen, dichterischen Antriebe und so fort. Immer aber bleibt der vorherrschende Eindruck einer, große Mannigfaltigkeit nicht nur äußerlich umgreifenden, sondern auch innerlich bestimmenden Einheit, so daß die Veschiedenheiten zu konstruktiven Elementen eines zwar oft gefährdeten, immer aber sich behaupteten Ganzen werden. Gebilde wie die mittelalterliche Kathedrale, die scholastische Summe, der Weltbau von Dantes „Göttlicher Komödie", der Jahreskreis der „Legenda Aurea" sind eindrucksvolle Vergegenwärtigungen dieses Ganzheitsbewußtseins.

In der Renaissance — die ja, wie wir nicht vergessen wollen, bereits im 14. Jahrhundert anhebt, während das Mittelalter seinerseits noch lange weiterläuft — beginnt diese Einheit sich zu lockern. Die Unterschiede betonen sich. Politisch sind es volkliche und andere Eigenarten, die zur Bildung der Nationalstaaten führen. Soziologisch das heraufkommende städtische Bürgertum, das die bisherige Hierarchie des Reiches sprengt. Geistig die Wissenschaft, sofern dem Denkenden der Sachcharakter der Dinge ins Bewußtsein tritt und jeweils entsprechende kritische Methoden der Forschung fordert. Religiös sind es die Unterschiede im Verständnis der christlichen Botschaft und die Spaltungen ihres kirchlichen Ausdrucks.

In der persönlichen Haltung des Menschen macht sich das Gefühl für die Verschiedenheiten des individuellen Lebens geltend und begründet seinen Anspruch auf persönliche Bewegungsfreiheit. Jener Maßstab entwickelt sich, den wir als geistig-personale Autonomie bezeichnen. Er bedeutet, daß die objektiven Normierungen des Denkens, Fühlens, Tuns langsam zurücktreten und sich ein Anspruch auf individuelle Stellungnahme zur Welt wie auf eigene Aktivität in ihr erhebt. Der Maßstab objektiver Verbindlichkeit wird langsam durch den persönlicher Echtheit; der einer allgemeingültigen Wahrheit durch jenen eigener Überzeugtheit verdrängt, und so fort. Das heißt: an die Stelle hierarchisch geordneter Einheit tritt die Pluralität.

Die Werte, die hier entdeckt werden; die Maßbilder der menschlichen Vollkommenheit, die sich herausbilden; die Erlebnisse, die sich vollziehen und die Leidenschaften, die sie tragen, fassen sich in dem zusammen, was das Wort „die Freiheit" besagt.

Die Wurzeln, aus denen es heraufwächst, sind verschiedener Art. Einmal das in der Renaissance durchdringende Gefühl von der Kostbarkeit dessen, was „Persönlichkeit", besonders die große, geniale Persönlichkeit heißt; vom Reichtum der Möglichkeiten in Leben und Werk, der in ihr liegt. Von daher bedeutet Freiheit, daß diese Möglichkeiten sich ungehindert verwirklichen können. Ein zweites ist der „kategoriale" Charakter, den die Person, ihr Sein und ihr Tun tragen; der Unterschied, der zwischen „Person" auf der einen und Naturenergie wie biophysischer Individualität auf der anderen Seite besteht. Freiheit bedeutet, daß dieser Charakter Raum bekomme; die Person nie gezwungen, noch zum Mittel für Zwecke gemacht, vielmehr in ihrer Würde und Verantwortung geachtet werde. Ein drittes, oft nicht genug beachtetes Moment ist religiöser Natur. Es kommt aus dem Begriff der christlichen Freiheit, der besagt, daß der von Gott geschaffene Mensch Sein Ebenbild ist und von dorther eine eigene Würde hat; daß er mit Gott in einem Bezug steht, der ihn aus den unmittelbaren Naturzusammenhängen heraushebt; daß der erlöste Mensch von der Knechtschaft des Bösen befreit

ist. Der religiöse Charakter dieser Vorstellung unterliegt dann freilich all den Abschwächungen und Verweltlichungen, wie sie sich zum Beispiel in den Verquickungen ausdrücken, die zwischen dem Begriff des Christlich-Großen, des Heiligen und dem Natürlich-Großen, des Genies, stattfinden.

Das — und manches andere — verbindet sich mit den kulturellen und politischen Antrieben, von denen die Rede war, und schafft die Freiheitsidee, welche die Neuzeit durchwirkt.

Der Vorgang schreitet, wie bekannt, immer stärker vor. Er erreicht seinen ersten Gipfel in dem, was — der Name deutet es an — „Liberalismus" heißt. Darunter soll nichts im engeren Sinne Politisches, sondern eine menschlich-kulturelle Gesamthaltung verstanden sein; jene nämlich, die eine objektive Bindung nur anerkennt, wo sie vom wissenschaftlich festgestellten Sachverhalt oder von der sich aufdrängenden soziologischen Notwendigkeit ausgeht. Alles das hingegen, was Deutung der Existenz heißt, also das Verständnis der ethischen Norm; die Formung dessen, was in der Begegnung von Mensch zu Mensch geschieht; die Sinnbestimmung der Geschichte, des Religiösen, schließlich des Daseins überhaupt, sieht sie als Sache des persönlichen Erlebens und Urteilens an. Maßstab für dessen Gültigkeit ist die Echtheit der seelisch-geistigen Haltung, die Intensität des Erfahrens, die Überzeugtheit des Urteils.

Daraus entsteht eine Vielartigkeit der Stellungnahmen, die auch, wie das nicht anders sein kann, aus der Innerlichkeit in die äußeren Bereiche vordringt und eine Mannigfaltigkeit kultureller, sozialer, politischer Formen erzeugt. Soweit der Einfluß der „Deutung", der Sinnbestimmung reicht — und er reicht sehr weit —, ist die Struktur des Lebens nun nicht mehr einheitlich, sondern mehrheitlich, pluralistisch.

Die verschiedenen Einzelnen oder Gruppen leben aber im gleichen Raum und in den gleichen kulturellen Zusammenhängen. Also bedarf es einer Ordnung, welche die aus der Vielartigkeit kommenden Spannungen nicht nur erträglich macht, sondern sie in ein gerade durch solche Vielartigkeit möglich werdendes sinnvolles Verhältnis bringt. Das geschieht durch das demokratische Prinzip.

Dieses besagt: Das Dasein ruht auf einer Vielheit von Personen; auf der Mannigfaltigkeit ihrer Anschauungen, ihrer sozialen und kulturellen Impulse. Diese Vielheit ist berechtigt und darf ihr Recht durch freie Lebensführung und Arbeitsleistung beweisen; so kann eine Einheit immer nur durch ebenfalls freies Zusammenwirken zustande kommen. Das bedeutet, daß jeder den anderen anerkennt, ihm Raum gibt, seine Überzeugung als solche achtet, auch wenn er sie nicht teilt, und stets bereit ist, mit ihm, wo nur möglich, in Kooperation zu treten.

Demokratisch ist aber auch das Vertrauen, von hier aus sei eine echte, wenngleich immer neu zu schaffende Einheit möglich —, ebenso wie ein auf gemeinsam gewonnener Erfahrung und Weisheit ruhendes Ethos. Eine Erziehung zur Selbstzucht, zum Verstehen, zur freien Kooperation, was alles zu einem Gesamtbild wertvollen Menschentums führt, von dem eigentlich mehr gesprochen werden sollte, als es tatsächlich geschieht.

Krise und Umschlag

Daß sich aus dieser Situation eine Fülle von Spannungen, ja von Widersprüchen ergeben muß, ist klar. Die auf der Freiheit des Einzelnen ruhende liberal-demokratische Lebensform konnte so lange sinnvoll und realisierbar erscheinen, als in der Pluralität noch aus der Vergangenheit her hinreichend gemeinsame Vorstellungen vom Richtigen, Verpflichtenden, Wertvollen lebten; hinreichend wirksame Motive, welche die Vielen zusammenschlossen. Die Pluralität ruhte da auf einem nicht weiter erörterten, zum Teil sogar unbewußten, aber geschichtlich wirksamen Untergrund und konnte so als Prinzip der Fruchtbarkeit wirken.

Das wurde problematisch, als der Vorgang der Individualisierung die Grundschichten der Persönlichkeit erreichte. Seinen Ausdruck im theoretisch-philosophischen Bereich fand dieses Stadium durch die Lebensphilosophie. Damit ist jene Denkgesinnung gemeint, die als obersten Wert „das Leben", dessen Entfaltung und Gestaltung im Fühlen, Denken, Handeln und Schaffen sieht.

Nach ihr sind die Werte der Wahrheit, des Guten, Rechten, Schönen Vorformen und Auswirkungen des Eigentlichen, des Lebens. Alle Werte relativieren sich auf es hin. Eine weltanschauliche Aussage — das Wort im oben bestimmten Sinne als Daseinsdeutung genommen — ist wahr, eine Handlungsweise sittlich gut, ein Kunstwerk schön, eine Gesellschaftsordnung recht, wenn und sofern sie das Leben, die lebendige Persönlichkeit reicher, stärker, freier machen.

Da aber das Leben jeweils das Leben des Einzelnen bzw. der betreffenden Gruppe ist, und jedes davon seinen eigenen Charakter hat, gibt es hier keine objektive Norm. Es gibt Wahrscheinlichkeiten, Weisheiten, Hilfen — im Letzten steht jeder für sich und entscheidet für sich. Dafür verlangt der mündig Gewordene uneingeschränkte Freiheit und empfindet jede mit dem Anspruch objektiver Geltung an ihn herantretende Normierung als unerlaubt.

Der Zustand wird nun kritisch. Einmal, weil die Stellungnahmen, auf denen das Verständnis des Daseins ruht, eine innere Entscheidung, eine Selbstbindung von Urteil und Gewissen enthalten müssen, sollen sie wirklich personale Existenz tragen können. Dazu reicht aber eine derartige Subjektivität nicht mehr aus. Überzeugung kann sich nur auf Wahrheit und Gültigkeit beziehen. Was jene Subjektivität hervorbringen kann, ist nur eine Meinung, oft bloß das Gefühl von etwas Interessantem. Damit geht die geistige Basis der Existenz verloren.

Dazu kommt ein Zweites. Die Überzeugungen vom Sinn des Daseins, die Urteile über das, was wahr, gut, recht, mit einem Wort: gültig ist, bilden ja keinen abgekapselten Raum im Leben des Menschen, der im übrigen, neben ihnen, seine Beziehung zu anderen Menschen, die verschiedenen Ordnungen des Lebens in Familie, Beruf, Staat usw. verwirklichte, sondern sie sind zu einem guten *Teil der Inhalt eben jenes Lebens, das er mit anderen* lebt. Immerfort trägt er das, was er für wahr hält, zum anderen hinüber, macht es zur Grundlage seines Sprechens und Schaffens. Immerfort läßt er nicht nur sein individuelles, sondern auch sein gemeinschaftliches Denken von dem her bestimmt sein, was er für gut hält; sucht er das, was er als Kulturwert ansieht, im Zusammenleben mit anderen zu verwirklichen. So empfindet er beständig das Bedürfnis nach Gemeinsamkeit nicht bloß im Äußerlich-Zweckhaften, Sachlichen, sondern auch in alledem, was die Welt der Werte angeht. Wie soll aber eine Gemeinsamkeit zustande kommen, wenn die persönlichen Stellungnahmen so auseinanderfallen, wie es gesagt wurde? Ein Zustand wird sich herausbilden, in welchem tiefere Beziehungen nicht zustande kommen oder, wenn sie zustande gekommen sind, unter jeder stärkeren Belastung zerfallen.

Hier hinein wirken nun geschichtliche Vorgänge, die durch die Breite ihres Feldes, durch die Stärke der in ihnen arbeitenden Impulse und die Größe ihrer Folgen nicht erlauben, sie zu übersehen. Es ist der nachneuzeitliche Totalismus, wie er sich im Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus ausdrückt.

Sind diese Erscheinungen einfach Schritte im Gang der Geschichte, wie er sich von der Renaissance herauf vollzieht — oder bedeuten sie einen Bruch mit der voraufgehenden Haltung, und zwar im Sinne einer, wenn man so sagen darf, objektiven Kritik an dieser? Sind sie eine weitere Phase der Neuzeit, oder leiten sie eine Epoche ein, die noch nicht benannt ist?

Lassen wir für einen Augenblick auf sich beruhen, ob und inwiefern sie auch Folgen empirischer Tatsachen sind, also zum Beispiel davon, daß das politische Feld der Erde sich schließt; die Nationalitäten sich einander annähern; die Bevölkerung im steigenden Maße zunimmt und überall die Masse ent-

steht; die Aufgaben der Weltbewältigung immerfort wachsen; das Leben durch die Technik immer gleichförmiger wird, und so fort — gehen wir von jener geistigen Linie aus, die zum Relativismus und Funktionalismus geführt hat: wie ist es auf ihr weitergegangen?

Wir haben gesehen: der Mensch des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts kennt weithin keine absoluten und daher auch keine allgemeinverbindlichen Werte mehr. Für ihn ist alles relativ geworden. Wir sprechen damit, noch einmal betont, nicht von der exakten Wissenschaft noch von den ebenso exakten technischen und sozialen Aufgaben u. a., sondern von dem, was wir die Deutung des Daseins genannt haben. Das aber wirkt ja doch in viele Bereiche des Lebens unmittelbar, in alle mittelbar und oft entscheidend hinein. Für es kennt der heutige durchschnittliche Mensch keine objektiven Maßstäbe, an denen ihm deutlich würde, was gültig ist. Einzige Norm ist das Maß der Lebenssteigerung, die in echter Erfahrung zu Bewußtsein kommt und sich in glaubwürdigem Wort und Werk ausdrückt.

Das alles geht — auch das wurde bereits gesagt — trotz wachsender Schwierigkeit so lange fort, als im Ganzen des Lebens noch aus der Vergangenheit her erhaltene Ideen, Gefühle des gemeinsam Verpflichtenden, Verehrungswürdigen, Geziemenden da sind. Im Maße diese aber zerfallen; im Maße das religiöse Leben sich ins bloß Innerliche, Subjektive zurückzieht, oft nur eben gerade noch im Ästhetischen, besonders Musikalischen fühlbar wird, hören diese Wirkungen auf. Ja sogar der Grundsatz selbst, einzig maßgebend sei das Leben und seine Steigerung, wird fraglich, da fraglich wird, wann denn das Leben als gesteigert anzusehen sei, und ein Gefühl der Sinnlosigkeit aller Bemühungen dringt ein. Dichtung wie bildende Kunst offenbaren den Zustand in einer Weise, die niemand übersehen kann, der nicht mit Willen wegsieht.

In dieser geschichtlichen Stunde bietet sich eine neue Formel an: Worauf es ankommt, was das Leben lebenswert macht, ist das Ganze des Daseins: natürlich ausgedrückt, das Volk; soziologisch, die Gesellschaft; politisch, der Staat. Die Energie aber, die dieses Ganze schafft, ist die Macht.

Wir können der Frage nicht nachgehen, wie der Gedanke der Macht zur „Idee" wurde; wie er andere Werte benutzt hat, um sich auszudrücken, denken wir etwa an die faschistische Vorstellung von der Nachfolge des alten Rom; an die nationalsozialistische von edlen Völkern und ihrem Vorrecht auf der Erde; an die Impulse, die aus dem Bemühen hervorgehen, die bisher Entrechteten und Unterdrückten zur Herrschaft zu bringen usw. Uns interessiert hier nur dieses: Daß die Deutung der Freiheit im subjektivistischen Sinne, der Verlust objektiver Inhalte durch die Relativierung aller Werte, die innerlich unverbundene Pluralität der vielen Standpunkte und

Impulse einen Zustand der Skepsis, der Haltlosigkeit, ja schließlich der inneren Leere hervorgerufen hat, in welchen die Verkündung der Macht als des einzig feststehenden Wertes hineinstößt. Und zwar ist diese Idee der Macht nichts anderes als die Aktivierung des Lebensbegriffs. „Das Leben" ist nicht aktionsfähig. Es ist weder präzis noch aktiv. In der Idee der Macht gewinnt es harte, aggressive Form: er wird politisch. Wir denken daran, wie der stärkste Verkünder des Lebensprimates, Friedrich Nietzsche, die Macht zum höchsten und alle anderen rechtfertigenden Werte erklärt und zum Schlüssel des Daseinsverständnisses erhoben hat.

Hat der Totalismus so das Erbe des liberalen Lebensglaubens angetreten und die Macht als den alles — auch jedes Verbrechen! — rechtfertigenden Wert aufgestellt, so hat er das Gleiche mit dem zweiten liberalen Glaubensgedanken, nämlich mit der Fortschrittsidee getan. In ihrer geschichtlich-aktiven Form ist diese in Europa nicht mehr lebendig, sondern zum kommunistischen Totalismus übergegangen, wo er die Basis nicht nur für das Verständnis der Geschichte, sondern auch für die ganze Moral bildet.

Die Volkshochschule heute und morgen

Geht dieser ganze Vorgang die Volkshochschule etwas an? Es bedarf wohl keiner besonderen Beweisführung, um sagen zu dürfen, daß er sie angeht, und zwar im Kern ihrer Aufgabe. Man darf sogar sagen, darin, wie die Volkshochschule mit diesem Problem fertig wird, werde sich ihre Existenzberechtigung entscheiden.

Einmal insofern, als ja das Phänomen unsere ganze geschichtliche Situation durchwirkt und in seinen politischen Auswirkungen unsere Zukunft bestimmen wird. So kann die Volkshochschule, wenn sie sich selbst ernst nimmt, an ihm nicht vorbeigehen. Die Lehrenden müssen sich um sein Verständnis bemühen und die Hörer zur Mitarbeit an diesem Verständnis heranführen.

Das genügt aber nicht, denn die Volkshochschule ist keine bloß theoretischer Erkenntnis zugewendete Studiengesellschaft, sondern sie hat einen erzieherischen Charakter. Und das nicht etwa nur als Zugabe zur theorethischen Hauptsache, sondern dieser Charakter ist ihr wesentlich. Ich brauche nur an das zu erinnern, was im ersten Teil dieser Erwägungen gesagt worden ist: die Volkshochschule habe nicht nur ihren Hörern zu helfen, daß sie Tatsachen und Zusammenhänge erkennen, sondern auch sich selbst in den Tatsachen und Zusammenhängen der Welt richtig verstehen.

Noch mehr ist zu sagen. Die Volkshochschule hat — auch und gerade in ihren erzieherischen Aufgaben — keinen nur privaten Charakter. Sie ist etwas

anderes, als wenn z. B. an Lebensreform interessierte Leute sich zusammentun, um die Grundlagen ihres Programms zu vertiefen, sondern sie hat nachgerade einen offiziellen Charakter gewonnen. Das zeigt sich schon an der Zahl der einzelnen Schulen und an ihrer Unterstützung durch offizielle Stellen. Die heutige Tagung ist selbst ein Beweis für die Bedeutung, die der Volkshochschule von der Öffentlichkeit zugestanden wird.

So ist sie von ihrem eigensten Wesen her verpflichtet, den dargelegten Fragen nachzugehen, und verantwortlich dafür, ob und wie sie es tut. Denn mit jenem Geschehen gibt die Geschichte selbst eine Lehre, so gewaltig, so ins Tiefste reichend, daß man sich nur wundern kann, wie wenig sie verstanden wird. Aber vielleicht ist es gerade die Größe des Vorgangs, die macht, daß er nicht zu Bewußtsein kommt.

Bringen wir uns den Kern dieser Lehre noch einmal scharf zu Bewußtsein. Der Anspruch des Einzelnen, sich über die Welt und sich selbst eine eigene Ansicht zu bilden; sein Anspruch, die Werte zu prüfen, die für sein Leben gültig sein sollen, und sich durch eigenes Urteil die Norm für sein Dasein zu schaffen, ist zu Beginn der Neuzeit durchgedrungen und hat sich immer stärker betont. Die Freiheit dazu ist zur Grundlage des abendländischen Existenzverständnisses geworden. Im Maße das geschah, wurde aber auch die Allgemeingültigkeit und objektive Verpflichtungskraft der Normen, die das philosophische, sittliche, künstlerische, ökonomische Leben bestimmen, in Frage gestellt, denn das einseitige Prinzip der Freiheit erlaubt wohl eine Diskussion, nicht aber irgendwelche Art von Normierung. Der eine konnte wohl dem anderen entgegnen: „was du sagst, ist falsch" — nicht konnte er ihn hindern, es für richtig zu halten und für dessen Anerkennung zu werben. (Ich spreche — Sie entsinnen sich — nicht von exakt-wissenschaftlich beweisbarer Richtigkeit, sondern von der das Leben deutenden Wahrheit.) Gegenüber einer Meinung in diesem Bereich konnte er erklären: „die Sache steht anders, so und so" — er mußte aber, ausdrücklich oder in seiner Haltung, hinzufügen: „soviel ich sehe". Und dieses einschränkende: „soviel ich sehe", mußte nicht nur dem anderen, sondern auch sich selbst gegenüber wirksam sein. Das heißt, zu einer Überzeugung im echten, existentiellen Sinne brachte er es nicht mehr.

Dieser Prozeß ging immer weiter. Es entstand der Pluralismus, von dem die Rede war. Um ihn gegenüber den Forderungen der Werte verantworten, ja im Falle eines sensibleren Gewissens auch nur ertragen zu können, vollzog das moderne Bewußtsein zugleich deren Relativierung. Alles galt nur bis zu gewissen Grenzen, in einer gewissen Weise, unter bestimmten Rücksichten — letztlich: nur für den Redenden selbst — ja im Grunde, unter den eigentlich legitimen Maßstäben, nicht einmal für ihn. Der ganze Vorgang mündete in das aus, was wir den modernen Nihilismus nennen.

Hinzu kamen dann all die Faktoren, von denen ebenfalls gesprochen wurde. In erster Linie die Massenhaftigkeit des Daseins, welche die innere Verpflichtungskraft der Werte verringerte. Denn je öfter von einem Wert geredet wird, je mehr Leute sich auf ihn beziehen, desto schwächer wird das Gefühl für seine geistig bindende Kraft . . Auch die allgemein zunehmende Auskühlung des Gefühls ist zu nennen — eine der beunruhigendsten Tatsachen der modernen Entwicklung. Sie macht die Werte verblassen; unfähig, jene innere Tiefe in Bewegung zu bringen, die Kierkegaard meint, wenn er sagt, Wahrheit könne nur „in Leidenschaft" realisiert werden: in der Leidenschaft des Ernstes. Gibt es aber heute noch den Ernst? Nicht die wissenschaftliche oder technische oder politische Konsequenz, sondern den geistigen Ernst? . . Und noch anderes der Art, so daß jener Zustand entstand, der als „Nihilismus" beschrieben worden ist.

Alles das bewirkte, daß der Pluralismus nicht nur stieg, sondern einen schlimmen Charakter annahm, nämlich jenen der Stumpfheit gegen Unterschiede, der Gleichgültigkeit gegen Widersprüche, der Unverbindlichkeit im Behaupten und Verkünden. Was Margret Boveri in ihren vier Rowohltbänden über den „Verrat im XX. Jahrhundert" sagt, hat auch hierfür Bedeutung. Die Verantwortung in dem Urteil: „das ist wahr, das ist falsch; das ist gut, das ist böse; das ist menschlich, das ist nicht mehr menschlich" — das innere Dazustehen, die Treue gegen das Erkannte und Bejahte, alles das wurde immer zweifelhafter. Ein Zustand der Beliebigkeit trat ein. Das demokratische Prinzip, das dem anderen das gleiche Recht zuspricht, wie sich selbst, wurde nicht nur zu einem allgemeinen Gewährenlassen, sondern zum Gefühl: „wer weiß, vielleicht hat er auch recht; vielleicht geht es auch so" — schließlich: „im Grunde ist es ja gleichgültig . ."

Damit war der Zustand erreicht, in dem von innen her die Stunde des Totalismus schlug. Und unter Totalismus soll hier nicht nur eine politische Form, sondern eine ganze Haltung verstanden sein; eine Art, das menschliche Dasein äußerlich und innerlich zu bestimmen. Der Totalist konnte sagen: „Ihr seht, im Grunde habt ihr ja selbst keine Überzeugung! Schlimmer noch: ihr glaubt nicht einmal, daß wirkliche Überzeugung möglich sei! Was bleibt euch dann als ordnende Kraft? Die Freiheit? Ist sie mehr als Beliebigkeit? Wir sind frei. Wir haben eine einzige große Idee. Unsere Freiheit ist „in" dieser, nicht ihr gegenüber. Es ist die wahre Idee, weil sie das wahre Wesen des Menschen, den wahren Sinn der Geschichte ausdrückt. Im Maße wir uns hingeben, werden wir frei. Und wenn wir unschädlich machen, was ihr denkt, dann ist das nicht Unfreiheit, sondern es ist die Handlungsweise des Arztes, der den Kranken von seiner Krankheit befreit und zur Gesundung hilft."

So führt die Linie, von der wir gesprochen haben, zu einer tiefen Krise gerade jener Idee, jenes Impulses, in deren Namen die Neuzeit gearbeitet

und gelebt hat. Und wir erleben immer wieder, wie gerade solche, die die geistige Entwicklung tragen — „die Intellektuellen": Künstler, Schriftsteller, Soziologen usw. — für deren Anziehungskraft anfällig sind; anfällig bis zur Instinktlosigkeit. Wir erleben die furchtbare Tatsache, daß eine politische Macht, welche die Freiheit leugnet, von denen als verlockend empfunden wird, die innerhalb des europäischen Bereichs im Namen der Freiheit sich gegen jede ethische, kulturelle, religiöse Norm auflehnen.

Und was nun?

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einmal annehmen, Sie hätten meinen Darlegungen zustimmen können. Natürlich gibt es in der Analyse derart umfassender Vorgänge keine vollständigen Zustimmungen; immer wird man der Meinung sein, diese Tatsache sei nicht berücksichtigt, jener Zusammenhang müsse anders gesehen werden usf.. Nehmen wir aber an, im großen und ganzen stimmten Sie zu; dann würden Sie wahrscheinlich sagen: Gut, und was nun? Was soll — um sie geht es ja doch hier — die Volkshochschule tun?

Darauf müßte ich — wie wiederum immer bei derart tiefgreifenden Sachverhalten — antworten: Hier gibt es kein glattes Rezept. Was also?
Lassen Sie mich mit der kurzen — sehr kurzen — Zeichnung einer Epoche antworten, die in manchem eine Parallele zu unserer Situation bildet. Natürlich keine Gleichung, denn die Geschichte wiederholt sich nicht. Dennoch läßt sich aus ihr etwas für uns lernen.

Und zwar handelt es sich um jene Epoche, mit welcher die Blütezeit Athens zu Ende ging: die Zeit des peloponnesischen Krieges, der fast 30 Jahre, von 431 bis 404 gewährt und eine bis auf den Grund gehende Zerstörung angerichtet hat. In ihm hat sich das griechische Urlaster ausgerast, welche die Kehrseite seiner Urkraft, des Wettkampfes in allem, war: die Unfähigkeit, sich einzuordnen und zusammenzuarbeiten. Die Besten waren gefallen, das Land verwüstet, die Bevölkerung zusammengeschmolzen, die alten Vermögen zugrunde gegangen. Noch tiefer gingen die religiösen Zerstörungen. Die alte mythische Religion, in der alles wurzelte, was Tradition hieß: Ehrfurchtsbeziehungen, Maßstäbe des Rechten und Würdigen, Ordnungen des individuellen und sozialen Lebens, waren in einer allgemeinen Skepsis, ja Gleichgültigkeit zerfallen.

Was aber das geistige Leben angeht, so lag es in der Hand von Leuten, deren Name zur Bezeichnung für ein substanzloses Wesen geworden ist, der Sophisten. Für sie waren die geistigen Werte durch die materiellen verdrängt. Wahrheit, Sittlichkeit, Recht hatten kein Gewicht mehr; was galt, war

Genuß, Reichtum, Ansehen, Macht. Das intellektuelle Leben löste sich in einem endlosen Diskutieren und Analysieren auf. Worum es ging, war die Technik, in einer so stark auf dem Wort aufgebauten Kulturgemeinschaft, wie der athenischen, mit der Kunst der Rede politisch voranzukommen. Eine schlimme Zeit, durch Namen wie Gorgias, Kallikles, Prodikos, Protagoras gekennzeichnet. Da geschah etwas Großes — geheimnisvoll, wie immer, wenn ein genialer Mensch erscheint und die Zeit wendet: Sokrates begann zu wirken. Er war ein tapferer Mann, liebte seine Stadt und ihre Menschen, die Jugend vor allem, und begann zu fragen. Er war von unersättlichem Erkenntnisdurst getrieben; den Sophisten ähnlich in der Lust am Gespräch, an der blitzenden Diskussion. Darunter lebte aber bei ihm etwas anderes, als bei ihnen: ein Urerlebnis; die tiefe Gewißheit, daß es die Wahrheit gebe, vom Menschen, vom Staat, vom Dasein, und man sie erkennen könne; daß es das Gute gebe, der Mensch es finden und darin den Sinn seines Daseins erreichen könne.

Das wirkte sich bei ihm nicht in Lehrgängen und Büchern aus, sondern in einem unablässigen Gespräch mit den Menschen, im Hause, auf der Straße, in den Gymnastikschulen; mit Jungen und Alten, Einfachen und Gebildeten; gelenkt von einem unbeirrbaren Willen, keine Scheinlösung, nichts Oberflächliches noch Falsches durchgehen zu lassen.

Dieser Mann hat, wie gesagt, nichts geschrieben; er hatte aber das Glück, daß ein Schüler zu ihm kam, der mächtiger war, als er. Es war Platon; Dichter, Philosoph, Aristokrat von höchster Kultur. Er hat fast zehn Jahre in des Sokrates Kreis gelebt und dann, in seinen Büchern, den seltsamen Mann zum Repräsentanten alles Suchens und Erkennens, zur Verkörperung des Wahrheitsgewissens selbst gemacht. Alle seine Werke, bis auf das letzte, die „Nomoi", sind Gespräche des Sokrates mit Menschen, die erkennen und ihr Leben richtig formen wollen; und noch der Gesprächsführer dieses letzten Buches, der namenlose „Athener", ist Nachhall des Sokrates.

Die Gestalt des Sokrates und die des Platon sind für uns derart ineinandergewachsen; das platonische ist mit dem sokratischen Element eine derartige Legierung eingegangen, daß wir nur auf gewisse Strecken hin überhaupt trennen können.

Worin besteht nun ihre Botschaft? Das, was sie unter allen Unterschieden hin verbindet?

Vor allem die große Erfahrung, daß es ein Unbedingtes gibt, ein Allgemeingültiges, und man es erkennen kann. Dieses Absolute, auf nichts hin Relativierbare, ist „das Gute", das agathòn. Das Wort meint keinen abstrakten Begriff, sondern Wirklichkeit. Richtiger: Über-Wirklichkeit; das, was alle

Wirklichkeit und allen Sinn begründet: das Göttliche. In einer wunderbaren Stelle in Platons größtem Werk, der „Politeia", führt Sokrates den jungen Glaukon auf diesen Gipfel, zeigt ihm unter dem Symbol der Sonne — der gewaltigen griechischen Sonne —, wie das höchste Gut und das Wahre und das Göttliche identisch sind, und der junge Hörer staunt: „Apollon, welche Über-Herrlichkeit zeigst du da, o Sokrates!" Das ist das Höchste. Nicht Geld, nicht Macht, nicht Genuß, sondern das, was in sich selbst gilt und um seiner selbstwillen gewollt werden soll. Und dem Hörer wird eingeprägt: Dieses Höchste kann erkannt, kann erreicht werden, wenn der Mensch seinen ganzen Ernst daran setzt. Der Dialog „Phaidon", der über die Gespräche an dem Tage berichtet, an dessen Abend Sokrates den Giftbecher trinken mußte, ist eine einzige Versicherung dafür.

Dazu kommt ein Zweites, das aber mit dem ersten unlöslich zusammenhängt. Es gibt eine Erkenntnis der Dinge; des Menschen und des menschlichen Lebens; seiner Normen und seiner Werte. Nicht nur Meinungen darüber, nicht nur Ansichten, von denen eine die andere aufhebt, sondern Wahrheit. Jedes Seiende, jeder Lebensbezug trägt eine Sinngestalt in sich: sein Wesen, seine Idee, die es in Beziehung zum Absoluten, zum Höchsten-Guten setzt. So kann und darf man nicht beliebig über die Dinge reden. Das ist Schwäche des Geistes, Verwilderung, im Letzten Verrat. Die Dinge haben ihre Wahrheit. Geistiges Leben bedeutet, den Ruf dieser Wahrheit zu vernehmen, in den Gehorsam gegen sie einzutreten und nach ihr zu suchen. Wer, kierkegaardisch zu sprechen, in der Leidenschaft des Ernstes sucht, erfährt jenen Sinnstoß, in welchem nicht er mit seiner Subjektivität es ist, der entscheidet, was gelten soll, sondern das Seiende selbst ihn anruft und seinen Geist in Gehorsam nimmt: die Wahrheit.

Das ist es, was die sokratisch-platonische Geistestat unvergänglich macht. Unzählige neue philosophische Probleme sind seitdem hinzugekommen; die Art des Fragens und Antwortens hat sich gewandelt; manche Kritik hat sich erhoben. Ein Grundlegendes aber bleibt für immer: daß es das Absolute, das Wahre und Gute gibt, man es erkennen und erfahren kann, nein soll. Daß in jedem Ding seine Wahrheit liegt, über die wir nicht verfügen, sondern die uns in den Gehorsam gegen ihre Sinnforderung nimmt; daß auch das erkannt werden kann und soll.

Das ist es, was ich auf die gestellte Frage zu antworten hätte. Es ist nichts Handliches; keine unmittelbare Anweisung, wie man es machen soll, aber Sie kennen ja das Wort Rankes, daß wir nicht Geschichte treiben, um klug zu werden für das nächste Mal, sondern weise für immer.

Zwei Feinde haben wir: Auf der einen Seite den sich selbst aus der Hand gleitenden Freiheitswillen, der zum Subjektivismus wird und alle Gültigkeit

zerfallen macht — auf der anderen Seite einen Ordnungswillen, der an der Freiheit verzweifelt und sich in die Gewalt wirft. Nicht die Freiheit ist Feind; sie ist uns anvertraut; nie zu verlierender Ertrag von Willen und Schicksal zugleich. Ebensowenig die Notwendigkeit verpflichtender und verbindender Normen; den Bezug zu ihr müssen wir wiederfinden, wenn nicht alles zerfließen soll. Wie sich das in der Arbeit der Volkshochschule auszuwirken habe, das, meine Damen und Herren, herauszufinden, wird unser aller Sache sein.

Ist damit die Frage „an den Theologen" beantwortet? Ich glaube wohl, denn er ist durch seinen Auftrag zur Sorge verpflichtet, wie die verschiedenen Faktoren des Lebens ineinandergreifen und sich gegenseitig im Maß halten müssen, soll das Ganze heil bleiben.

Erkenntnistheorie bei Plato:

Die Skeptiker widersprechen sich selbst. Sie behaupten, es gibt keine Wahrheit, es gibt keine unabhängig von einem denkenden Wesen gültige Tatsache. Aber das, daß es keine Wahrheit gibt, von dem verlangen sie doch, daß es gültig sei, unabhängig vom Menschen. Sie müßten also sagen, es gibt nur eine Wahrheit und das ist die, daß es keine Wahrheit gibt. Woher behaupten denn die Skeptiker, es gebe keine Wahrheit?

Die Bodenwerte stiegen um 100 Milliarden DM

Wir entnehmen mit freundlicher Erlaubnis des Autors diesen Artikel der deutschen Zeitschrift „Welt und Arbeit" vom 22. Dezember 1967.
Red.

Auf einer öffentlichen Kundgebung anläßlich des achten Volksheimstättentages ist Bundesinnenminister Lücke überraschenderweise für eine Bodenrechtsreform eingetreten. Es ist noch nicht allzulange her, daß er in seiner Eigenschaft als früherer Bundeswohnungsminister anderer Meinung war. Bauland, so meinte er damals, könne jederzeit beliebig vermehrt werden. Die Gemeinden brauchten nur reichlich neue Baugebiete auszuweisen und so das Angebot über die Nachfrage hinaus zu steigern. Dadurch werde dann ein entsprechender Druck auf die Preise ausgeübt und das Baulandproblem sei gelöst.

Tatsache ist aber, daß trotz der allerorts überreichlich erfolgten Ausweisung neuer Baugebiete die Baulandpreise ungehemmt weiter angestiegen sind. Heute wird in der weiteren Umgebung von Städten und Dorfgemeinden jede Wiese und jeder Acker als sogenanntes Bauerwartungsland bezeichnet und zu entsprechend hohen Preisen verkauft, auch wenn in absehbarer Zeit nicht die geringste Aussicht dafür besteht, daß dieser Boden bebaut werden kann.

Das zusätzliche Angebot dieses Bodens übte bisher auf die Preise von Baugelände in günstigeren Wohnlagen überhaupt keinen Druck aus. Die vermehrte Ausweisung hatte dagegen zur Folge, daß sich Nachfragende dazu verleiten ließen, in benachbarte Gemeinden auszuweichen, die persönliche, volkswirtschaftlich unerwünschte Nachteile mit sich bringen. Zum Beispiel müssen weitere Entfernungen zu den Einkaufsgelegenheiten, zur Arbeitsstätte sowie längere Schulwege für die Kinder in Kauf genommen werden. Das erfordert unnötigen Zeitaufwand und zusätzliche finanzielle Belastungen.

Es handelt sich um eine volkswirtschaftliche Milchmädchenrechnung, wenn man glaubt, die Bodenspekulation durch reichlichere Ausweisung von Bauland beseitigen zu können. Der Bauboden behält auch in diesem Falle unein-

geschränkt seine Monopolstellung. *Ein Ausgleich auf den Bodenmärkten,* wie er z. B. auf den Märkten der reproduzierbaren Güter gewährleistet ist, war hier niemals möglich, weil das Angebot des unvermehrbaren Bodens ohne Schaden für den Eigentümer vom Markt zurückgehalten werden kann. Der Boden wird niemals im Laufe der Zeit wertloser. Im Gegensatz zu den produzierbaren Gütern rostet und schimmelt er nicht; er wird nicht unmodern; er verdirbt nicht und veraltet nicht. Außerdem kann der Boden nicht auf andere Märkte transportiert werden, um Angebot und Nachfrage auszugleichen. Während das Angebot jederzeit zurückgehalten werden kann, wird die Nachfrage durch die laufende Vermehrung der Bevölkerungsziffer sowie dem zunehmenden Bedarf an Boden für industrielle, militärische und sonstige Zwecke, und schließlich durch die seit langem anhaltende Flucht in die Sachwerte ständig erheblich vergrößert.

Jeder Bodeneigentümer besitzt allein wegen der Unvermehrbarkeit des Bodens eine Monopolstellung, die er — verständlicherweise — rücksichtslos ausnutzt. Wo sich auf den Märkten reproduzierbarer Güter Monopole entwickelt haben, wird in der Bundesrepublik wenigstens nach außenhin versucht, durch Anwendung des Kartellgesetzes die Wettbewerbswirtschaft in Ordnung zu halten.

Die durch das Grundgesetz institutionell garantierte Wettbewerbsfreiheit besteht zur Zeit nur für solche Güter, die durch menschliche Arbeit beliebig herstellbar sind, nicht dagegen für den unvermehrbaren Boden, der ursprünglich durch einen Schöpfungsakt entstanden ist. Unser heutiges Bodenrecht unterbindet die Wettbewerbsfreiheit und damit die Tauschgerechtigkeit; es widerspricht daher der sozialen Marktwirtschaft; es verstößt gegen die Prinzipien des Grundgesetzes und rüttelt an der Grundlage der Demokratie.

Es ist sehr zu begrüßen, daß sich Innenminister Lücke endlich dazu durchgerungen hat, für eine Bodenrechtsreform einzutreten, bei der — wie er sagte — auch Tabus gebrochen werden müssen, und daß er die Änderung des Bodenrechts als eine gesetzgeberische Aufgabe der großen Koalition ansieht.

Reform muß das Bodenmonopol beseitigen.

Eine solche Reform hätte allerdings nur einen Sinn, wenn sie das Bodenmonopol unwirksam werden ließe. Das könnte so geschehen:

1. Alle künftig neu entstehenden Bodenrentenzuwächse sollten durch eine entsprechende Abgabe abgeschöpft werden, so daß die Bodenpreise künftig nicht mehr steigerungsfähig wären.

2. Es müßte zugleich dafür gesorgt werden, daß Bauland nicht trotzdem weiterhin zurückgehalten werden kann. Die Rentenzuwachsabgabe sollte deshalb bereits fällig werden, sobald der Boden als Bauland ausgewiesen und nicht innerhalb einer angemessenen Frist zur Bebauung gelangt ist.

3. Der Bauboden stünde so unter einem steten Angebotszwang, wie das ja auch bei den produzierbaren Gütern durchwegs der Fall ist, die bei Zurückhaltung einem natürlichen Schwund unterliegen.

Seit Beendigung des letzten Weltkrieges sind die Bodenwerte in der Bundesrepublik schätzungsweise um 100 Milliarden DM angestiegen. Dieser ungeheure Vermögenszuwachs, der den Grundrentnern lediglich durch das Bodenmonopol zufallen konnte, ist in erster Linie als ein nachträglicher Kriegsgewinn anzusehen. Er wäre nie entstanden, wenn wir nicht den Krieg verloren hätten, wenn nicht 12 Millionen Flüchtlinge in die Bundesrepublik eingeströmt wären und wenn diese nicht eine riesige zusätzliche Nachfrage nach Boden ausgelöst hätten. Die märchenhaften Grundgewinne der letzten Jahrzehnte sind eine direkte Folge des Krieges.

Ein anschauliches Beispiel dafür, wie die Bodeneigentümer ihre Monopolstellung auszunützen vermögen, ist der vor einiger Zeit erfolgte Verkauf eines Teiles des Gutes Freiham an die Stadt München. Die Industriellenfamilie von Maffei erhielt dort für eine Fläche von 1,7 Millionen Quadratmeter *Bauerwartungsland bekanntlich einen Preis von über 100 Millionen* DM. Da der landwirtschaftliche Verkehrswert bestenfalls 4 Millionen DM betragen hat, ist durch die in Aussicht genommene Ausweisung der landwirtschaftlichen Flächen als Bauland für die Familie von Maffei ohne Aufwendung von Kapital und Arbeit ein unverdienter Gewinn von mindestens 96 Millionen DM erwachsen.

Wenn man demgegenüber klar macht, daß ein deutscher Arbeiter, der monatlich 800 DM verdient, nicht weniger als 10 000 Jahre dazu braucht, um die gleiche Summe durch ehrliche Arbeit zu verdienen, kann man sich erst einen Begriff machen über den Umfang des Bodenspekulationsgewinnes, der einer einzigen Familie mühelos zufällt, ohne daß dafür nur ein einziger Handschlag geleistet worden ist.

Es wäre gewiß eine dankbare Aufgabe gewesen, die Finanzmisere des Bundes durch einen Zugriff in die unverdienten grandiosen Gewinne der Grundrentner zu verbessern. Die große Koalition hat diese Möglichkeit noch vor sich.*)

Herbert K. R. Müller

---

*) Vergleiche auch die Bodenrechtsaufsätze des Verfassers in „Fragen der Freiheit" Folgen 51—55 und Herbert K. R. Müller, „Die städtische Grundrente und die Bewertung von Baugrundstücken, herausgegeben von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Verlag Ernst Wasmuth, Tübingen 1952, 310 S.

Die Zweiteilung des Goldmarktes

Seit der Abwertung des britischen Pfundes am 18. November 1967 kam die Diskussion um das Gold nicht mehr zur Ruhe. Die Spannung spitzte sich zu als vorerst Gerüchte und dann immer konkretere „Befürchtungen" um die Aufgabe der „Golddeckung" in den USA auftauchten. Schlagzeilen von der Macht und dem Glanz des Goldes, von der Unsicherheit über die Gestaltung des Währungssystems, von der Schließung der Goldmärkte, von erzwungenen Bankferien in England, vom Goldfieber usw. usf. füllten einige Tage die Spalten der Presse.

Die „Krisenhafte Entwicklung an den Goldmärkten" begann durch die Diskussion der „Abwehrmaßnahmen in Washington und London". Der amerikanische Diskontsatz wurde am 15. März „im Zuge der Gold- und Dollarkrise, die sich durch die weitere massive Zunahme der Goldkäufe an den europäischen Goldmärkten verschärfte" vom Federal Reserve Board von 4 ½ auf 5 % erhöht. Am 15. März stimmte der Senat mit 39 gegen 37 Stimmen einer Gesetzesvorlage zu, welche „die Befreiung der gesamten amerikanischen Goldreserven von etwa 11,5 Mrd. Dollar als Deckungsreserve vorsieht". Präsident Johnson hat das Gesetz in der Folge unterzeichnet und damit in Kraft gesetzt. Zur Würdigung dieses knappen Stimmenmehrs ist zu sagen, daß die Vorlage schon mehrere Wochen zuvor vom Repräsentantenhaus gutgeheißen worden war und im Senat eine dreitägige, offenbar hartnäckige Debatte überstanden hat.

Vorerst soll festgehalten werden, daß eine Spekulationswelle nie die Schuld an einer Umwälzung trägt. . . Die „bösen Spekulanten" haben lediglich ein besonders auf verdächtige Anzeichen ausgebildetes Riechorgan. Sie wittern, wenn etwas „faul ist im Staate Dänemark". (Something is rotten in the state of Denmark, Shakespeare, Hamlet, 1601—1602). Im vorliegenden Fall ist etwas faul im Reiche des Goldsystems. Revolutionen, dramatische Zuspitzungen sind lediglich Auswirkungen, vielleicht Schlußpunkte bereits jahrzehnte sich hingezogen habender Systemfehler. Leider werden unter dem beherrschenden Eindruck solcher Alarmmomente die grundlegenden Probleme, welche zum Ziehen von Notglocken geführt haben, in den Hintergrund gedrängt. Ja noch mehr: Es trifft nicht einmal zu, daß die Notglockenzieher selbst eine Ahnung von den Zusammenhängen haben. So richten sich unglückseligerweise die im Trudel der Ereignisse ergriffenen „Maßnahmen"

auch nicht nach der Sachkenntnis, sondern es geht meist nur darum, im spröde gewordenen Goldsack ein Loch notdürftig zu flicken, bevor ein zweites klafft. Dabei sieht man das zweite, das dritte, das vierte Loch schon — nur *will* man es nicht sehen. Darin liegt eine große Tragik.

Um was geht es eigentlich?

1. Das Gold ist psychologisch seines Glanzes, währungstechnisch seiner relativen Seltenheit wegen zum bevorzugten Währungsmetall geworden. Den älteren Jahrgängen sind die Goldmünzen im Zahltagstäschlein sicherlich noch in Erinnerung.

   Seit Beginn dieses Jahrhunderts wird das Gold sukzessive entthront, d. h. es verliert zusehends von seinem so „unerschütterlichen" Ansehen, das es allerdings nie zurecht genossen hatte.

2. Man glaubte zu wissen, daß das Gold auf alle Zeiten das wertmäßig stabilste Edelmetall sei. Ja man wies sogar nach (!), daß es seit Jahrtausenden seinen „Wert" überhaupt nie verloren habe. Darum betrachtete man das Gold als die „einzig sichere Grundlage jeder Währung". Als hingegen das Gold mengenmäßig nicht mehr ausreichte, um seine Zahlungsmittelfunktionen auszuüben und vor allem auch, weil es zusehends in den Tresoren verschwand, traf man Anstalten, das Gold durch Papiergeld zu ersetzen und nannte dieses banknotenförmige Geld „fiduziäres Zahlungsmittel" oder „Geldsurrogat". Man glaubte zu wissen und es gelang auch, die Öffentlichkeit davon zu „überzeugen", daß das Papiergeld nur dann „Wert" habe, wenn jedermann der Meinung sei, hinter jedem Geldschein liege eine gewisse Goldmenge im Tresor der Zentralnotenbank deponiert. Die sogenannte „Wertgarantie" durch „Golddeckung" spukt noch heute in vielen Köpfen bis hinauf in die Fachkreise. Die Gesetze der währungskultivierten Länder enthalten Golddeckungsvorschriften, welche besagen, durch wieviel Gold die ausgegebenen Banknoten „gedeckt" sein müssen. In der Annahme, daß auch in stürmischen Zeiten, nicht alle Bevölkerungskreise das Vertrauen (fiducia) in das Papiergeld verlieren würden und es in Gold einzulösen wünschen, hat man sich mit gesetzlichen Golddeckungen von weit unter 100 % begnügt. So betrug in USA die „gesetzliche Golddeckung" 25 %. Diese 25 %ige Golddeckung ist nun aufgehoben worden, was zur Folge hat, daß die USA nunmehr über die bisher im Fort Knox als unantastbare Reserve eingesperrten rund 10,4 Mrd. Dollar frei verfügen können . . . um den Dollar zu „verteidigen".

   Damit hat der Dollar an seinem „Wert" oder an seiner Kaufkraft nicht das geringste eingebüßt und es ist wieder einmal mehr unter Beweis

gestellt, daß der alte Zopf der Golddeckung schadlos abgeschnitten werden kann. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Golddeckungsvorschrift nach dem Krieg überhaupt nicht mehr eingeführt, während die Schweiz, als goldtreuestes Land der Welt immer noch auf seinen großen Goldberg und auf seine 120 %ige Golddeckung stolz ist.

3. Die Goldkonvertibilität des Dollars ist de facto aufgehoben. So steht in einer Zeitungsüberschrift zu lesen. Die über das Wochenende vom 16./17. März in Washington versammelten Notenbankgouverneure sollen, nach einer Mitteilung der New Yorker Times, unter anderem übereingekommen sein, inskünftig keine Dollarguthaben mehr beim amerikanischen Schatzamt gegen Gold zu präsentieren. Gleichzeitig seien Bemühungen im Gange, auch andere Zentralbanken zu einem Goldmoratorium zu bewegen. Sollte diese Meldung zutreffen, dann wäre die Goldkonvertibilität des Dollars tatsächlich aufgehoben. Dies könnte allerdings nur als vorübergehende Maßnahme aufgefaßt werden, denn soweit sind die Erkenntnisse noch nicht gediehen und derart mutige Lösungen sind noch nicht zu erwarten.

   Aber immerhin, wenn sich die Zentralnotenbanken verpflichten, nur noch untereinander mit Gold zu verkehren, so heben sie die „innere Goldkonvertibilität" auf und beschränken die äußere ganz wesentlich. In der Schweiz z. B. ist die Nationalbank von der „Einlösungspflicht ihrer Noten gegen Gold" gesetzlich enthoben „in Zeiten gestörter Währungsverhältnisse". Da die Währungsverhältnisse dauernd gestört sind, war die Schweizerische Nationalbank seit ihrer Gründung im Jahre 1907 tatsächlich nur während etwa 13 Jahren zur Einlösung der von ihr selbst emittierten Banknoten gegen Gold verpflichtet.

4. Das stolze Gold ist zur Ware geworden. Es wird gehandelt wie ein Stück Vieh und erzielt nun einen Preis an einem freien Markt. Das ist die Zweiteilung oder „Spaltung des Goldmarktes". Die Notenbanken handeln nicht mit Gold, sondern sie tauschen lediglich Gold unter sich allein aus und zwar zu einem Preis, der sich nicht an einem bankinternen Markt frei einspielt, sondern durch Verabredung fixiert wird. Sie haben diesen Goldpreis wieder und immer noch zu 35 Dollar die Unze festgelegt. Daneben besteht ein Goldmarkt, auf dem die Zentralnotenbanken bisher durch „Intervention" auf den Goldpreis eingewirkt hatten. Sie wollen das nun nicht mehr tun. Es wird sich ein flotanter Goldpreis bilden, den die Spekulation anfangs und zeitweise wieder etwas stürmisch beeinflussen wird, der sich aber bald marktgerecht einspielen dürfte. Die Zentralnotenbanken haben sich verschworen, diesen privaten Goldmarkt links liegen zu lassen. Doch je größer der „offizielle" und der „freie" Goldpreis auseinander klaffen, desto größer ist für die „un-

disziplinierten" Notenbanken die Versuchung, auch ihre Geschäfte zum Teil über den freien Goldmarkt abzuwickeln, wenn es ihnen vorteilhafter erscheint.

Die Aufteilung des Goldmarktes in einen offiziellen und einen privaten Sektor bedeutet eine Verschnaufpause für die Zentralnotenbanken. Es ist das Ventil etwas geöffnet worden. Doch das Problem ist nicht gelöst.

5. Es zeichnet sich der Zerfall des Goldsystems immer deutlicher ab: Von der Goldumflaufswährung ist man bald abgekommen. Die innere Demonetisierung des Goldes ist überall erfolgt. Sämtliche Notenbanken sind von der Einlösungspflicht ihrer Noten gegen Gold entbunden weil dauernd „Zeiten gestörter Währungsverhältnisse" bestehen. Die Golddeckung hat allenthalben versagt. Das Gold ist zur Ware geworden, in der Schweiz mußte man zeitweise sogar auf Gold eine Warenumsatzsteuer bezahlen. Und nun desinteressieren sich sogar die Zentralnotenbanken am Goldmarkt, entlassen ihn aus ihrer Intervention. Was bleibt vom stolzen Gebäude noch übrig? Einzig der Rückzug des Währungsgoldes in die Sphäre der Notenbanken des Goldpols. Dort mag es noch von Keller zu Keller hin und her geschoben oder umgebucht werden.

6. Wenn das Gold auf Grund des zunehmenden Ausscheidens aus seinen währungspolitischen Funktionen mehr und mehr auf Schwierigkeiten stößt, die ihm noch nach altem Regime zugedachten Dienste zu leisten, so naht der Moment, da man es außer Dienst nehmen muß oder ihm doch nur eine untergeordnete Rolle zu spielen überläßt. Wehren sich die Währungsbehörden dagegen, diese Konsequenzen rechtzeitig zu ziehen, dann werden sie sich bald in einer Zwangslage befinden, das zu tun, was sie freiwillig nicht zu tun gewillt waren.

   Auf die interne Demonetisierung des Goldes muß auch die externe Demonetisierung folgen.

7. Dem Gold wurde bis heute die Rolle als Wertmesser zugedacht, welcher es dank seines gesetzlich fixierten „Wertes" nie hat gerecht werden können.

   Nun entläßt man es, wenigstens zum Teil aus dieser Funktion und überläßt *ihm einen eigenen Markt im privaten Sektor.*

8. Das Gold soll den Spitzenausgleich der Zahlungsbilanz erbringen. Doch bei den chronischen und stets wachsenden Zahlungsbilanz-Ungleichgewichten reicht die verfügbare und überhaupt produzierbare Goldmenge bald nicht mehr aus, umsomehr als die wenigen Goldbesitzer-Nationen

ihren Goldschatz eifersüchtig hüten. Diesem zusehends wachsenden Goldmangel versuchen die Währungsbehörden durch eine Reihe von Maßnahmen und Empfehlungen zu steuern:

a) Reduktion der Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte durch „Selbstdisziplin" der Länder mit Zahlungsbilanz-Defiziten. Darunter pflegt man Deflation zu verstehen. Diese aber stößt heute auf den erheblichen Widerstand weiter Volkskreise, insbesondere seitens der Organisierten. So verbleiben unpopuläre Steuerprogramme, rigoros restriktive Budgetvorlagen, samt all den Mätzchen wie Plafonieren von Ferienreisen ins Ausland.

b) Rationelle Ausnützung der spärlichen Goldreserven durch Abspalten eines Teils für ausschließlich zahlungsbilanztechnischen Gebrauch.

c) Organisation eines Netzes von Swap-Abkommen, Gewährung von Goldmoratorien.

d) Schaffung von Reservewährungen, von internationalen Liquiditäten durch Ziehungsrechte und Sonderziehungsrechte.

e) Reduktion der Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte durch Einspielenlassen freier Wechselkurse.

Hier liegt das zentrale Problem. Ein System, welches durch marktnonkonforme Wechselkurse einseitige Geld- und Warenströme laufend induziert, kann aus dem Zustand chronischer Zahlungsbilanz-Unausgeglichenheiten nicht herauskommen. Wer den liberalen Weg nicht zu gehen bereit ist, muß zu etatistischen Methoden greifen, welche schlußendlich alle in einer Sackgasse enden.

9. Zusammenfassend ist zu sagen:

— Das Gold hat seine ihm früher zugedachten wesentlichsten Funktionen zu spielen aufgehört.

— Das Goldwährungssystem hat sich auf der ganzen Linie als untüchtig erwiesen.

— Selbst die Aufgabe, die Spitzen der unausgeglichenen Zahlungsbilanzen auszugleichen vermag das Gold nicht mehr zu lösen.

— Mit der sogenannten ewigen Wertbeständigkeit des Goldes hat es keine Bewandtnis. Diese war nur eine scheinbare, durch Gesetz dekretierte.

— Der Wert des umlaufenden Geldes ist nicht durch das in den Kellern der Zentralnotenbank liegende Gold bestimmt, sondern einzig durch die hinter ihm stehende Warenmenge. Wenn Präsident Johnson am 15. März die 25 %ige Golddeckung des Dollar aufgehoben hat, so hat er nur einen alten Zopf abgeschnitten. Nicht Golddeckung sondern Warendeckung bestimmt den Geldwert.

— Um die Goldkonvertibilität, d. h. die Eintauschbarkeit des Dollars in Gold braucht man sich keine Sorgen zu machen. Wesentlich ist seine Eintauschbarkeit in Güter und Dienstleistungen.

— Der inneren Demonetisierung des Goldes muß auch die äußere folgen.

— Das Gold und das auf ihm aufgebaute Währungssystem ist am Zusammenbruch.

— Die Spaltung des Goldmarktes in einen staatlichen, also starren und einen freien, also flexiblen Markt bringt keine Lösung des Problems des Zahlungsbilanzausgleichs.

— Deflation, Steuerverschärfung, Budgetterrorisierung, Swap, Goldmoratorien, Ferienbeschränkung, Ziehungsrechte bringen höchstenfalls vorübergehende Erleichterung, wenn sie nicht gar die Lage verschärfen.

— Den Zahlungsbilanz-Ungleichgewichten läßt sich nur durch das Spiel flexibler Wechselkurse beikommen.

Was die Zentralbankgouverneure der Goldpoolstaaten von Washington hätten heimbringen sollen.

Bundesbankpräsident Blessing erklärte bei seiner Ankunft im Frankfurter Flughafen:

„Auf lange Sicht wird das Gold als internationales Währungssystem seine Bedeutung verlieren. Schon heute sind Devisenreserven und Ziehungsrechte die Stützen der Währungen."

Die Gouverneure hätten somit sich heute schon von diesem System distanzieren sollen. d. h. auf eine Lösung für lange Sicht bedacht nehmen.

In der Neuen Zürcher Zeitung war in einem Bericht aus Washington zu lesen:

„Die Teilung des Goldmarktes ist eine Übergangslösung, die um so fragwürdiger wird, je länger sie dauert."

Die Gouverneure hätten keinen fragwürdigen Lösungen zustimmen dürfen. Die Notenbankgouverneure sind in gar keiner Weise überrascht worden. Sie hätten von langer Hand die Loslösung der Währungen vom Gold, den sukzessiven Übergang zur freien Wechselkursen vorbereiten können.

Dabei wäre es ihnen sogar möglich gewesen, ihr Gesicht zu wahren, hätten sie doch vorgeben können, nicht aus Umkehr ihrer Erkenntnisse, sondern unter dem „Druck der Verhältnisse" gehandelt zu haben. Sie haben also ganz offensichtlich eine ihnen gebotene Chance verpaßt, einen ganzen Schritt zu tun.

Warum das einzig richtige nicht geschehen ist.

„Die Notenbanken in Abwehrbereitschaft" stand nach der Pfundabwertung in der „Frankfurter Allgemeinen" zu lesen. Es ist in der Heerführung bis hinunter zur Taktik des Kommandanten eines Truppenkörpers etwas vom schwierigsten, sich in der Abwehr rechtzeitig abzusetzen, um wieder eine klare Aktionsbasis zu schaffen. So stehen die Zentralnotenbanken tatsächlich seit Jahrzehnten in der Verteidigung und geben sich gegenseitig „Feuerunterstützung" durch Stützungskredite. Nur liegen sie nicht in Schützengräben einander gegenüber, sondern in Goldgräben. Ein weithin bekanntes Beispiel ist Stalingrad, wo starre Befehle ein Massengrab geschaffen haben, nur weil man sich nicht rechtzeitig entschließen konnte, sich aus der Umklammerung der Russen zu lösen. Die Notenbankgouverneure liegen im Kampf um Aurograd, wo starre Wechselkurse ein Deflationsgrab schaffen, nur weil man sich nicht rechtzeitig entschließen kann, sich aus der Umklammerung des Goldes zu lösen.

Wilson wußte sehr wohl, daß seine Mini-Abwertung nicht helfen würde, darum rief er uno actu nach weiteren Stützungskrediten. Die Notenbankgouverneure wußten genau, daß ihre Beschlüsse in Washington bezüglich der Spaltung des Goldmarktes nicht helfen werden, und auch die in Aussicht genommenen Deflations- und Steuermaßnahmen die Probleme nicht zu lösen vermögen. Darum fordern sie uno actu nach noch mehr Notenbank-Solidarität.

Es läßt sich nicht mehr überhören, daß sich die Zahl der Nationalökonomen zusehends mehrt, welche Freigabe der Wechselkurse als das einzige Mittel gegen Zahlungsbilanzdefizite empfehlen. So Prof. Dr. Schneider, Kiel in seinem kürzlich erschienenen Werk „Zahlungsbilanz und Wechselkurs": „Es ist eine Tatsache, daß die Zahlungsbilanz bei flexiblen Wechselkursen stets ausgeglichen ist." Auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, läßt sich die Wahrheit relativ leicht finden. Den Weg zur Wahrheit zu gehen, das ist so unsagbar beschwerlich und erfordert viel Geduld. Möge daher die junge Generation sich eine Zukunft der realisierten Erkenntnis aufbauen.

Hans Hoffmann, Bern

Vater, was ist eigentlich ein Dollar? *)

Die Forderungen der Vereinigten Staaten nach einer stärkeren Beteiligung ihrer Partner an den devisenzehrenden Auslandsausgaben haben neben Einsicht auch Kritik erzeugt. Vor allem dort, wo man glaubt, daß die Unterstützung des Dollar zu Aufkäufen europäischer Firmen durch US-Kapital führt, wird die amerikanische Politik mit Mißtrauen betrachtet. *Die Wertpapier-Beratungsfirma Model Portfolio GmbH, Bad Homburg,* veröffentlichte in diesem Zusammenhang ein erdachtes Gespräch, das wir nachstehend wiedergeben.

Sohn: „Warum spricht man soviel über den Dollar? Ist er eigentlich noch etwas anderes als 4 DM?"

Vater: „Ein Dollar ist ein Stück Papier, das das amerikanische Schatzministerium nach Bedarf als Zahlungsversprechen der amerikanischen Wirtschaft druckt und das . . ."

Sohn: „Also jetzt, wo Gillette Braun kauft, müssen sie da wieder drucken?"

Vater: „Nein, denn da bekommt Gilette das Geld geliehen dadurch, daß sie Zettel, genannt Schuldverschreibungen, ausgeben, auf denen steht, daß ihr Besitzer sein Geld in 20 Jahren zurückbekommt und in der Zwischenzeit, weil er Gillette das Geld leiht, noch dazu eine jährliche Benutzungsgebühr, genannt Zins."

Sohn: „Woher nehmen die Leute die Dollar, die sie Gillette für die Zettel geben?"

Vater: „Die sind unter die Leute gekommen, als eine andere amerikanische Firma eine deutsche oder französische oder englische schon früher gekauft hat."

Sohn: „Kaufen die Deutschen denn auch Unternehmen in Amerika mit diesen Dollars?"

Vater: „Ja, mit einem kleinen Teil schon, aber nicht ganze Unternehmen, sondern nur immer ganz kleine Teile davon, die in sogenannten Investmentfonds zusammengefaßt sind."

Sohn: „Was kriegen denn Brauns, DM oder Dollar?"

Vater: „Ich glaube, DM."

Sohn: „Da muß Gillette die Dollars also in DM tauschen? Wer wechselt die um?"

Vater: „Die Bundesbank gibt ihnen für einen Dollar 4 Mark."

Sohn: „Was ist die Bundesbank?"

Vater: „Die Bundesbank tut genau dasselbe wie die Amerikaner. Sie gibt Papierscheine aus, auf denen DM steht. Das sind auch Zahlungsversprechen, die wir täglich als Geld brauchen."

Sohn: „Gibt die Bundesbank Brauns Dollars an die Amerikaner zurück?"

Vater: „Nein, die behält sie."

Sohn: „Dann brauchen die Amerikaner also nur Papier zu bedrucken, wenn sie etwas kaufen wollen?"

Vater: „Ja, das stimmt, nur Frankreich will je 35 Dollar 28,35 g Gold, genannt eine Unze, haben."

Sohn: „Und warum verlangt die Bundesbank nicht dasselbe?"

Vater: „Weil die Amerikaner es ihr verbieten."

Sohn: „Verbieten sie es nicht auch Frankreich?"

Vater: „Ja, sie versuchen es, indem die Amerikaner und Engländer mit Hilfe der Holländer und sogar der Deutschen de Gaulle als verkalkten Greis beschimpfen und Frankreich als Störenfried bezeichnen."

Sohn: „Und warum verbieten die Amerikaner der Bundesbank, ihre Dollars, genauso wie Frankreich es tut, gegen Gold einzutauschen?"

Vater: „Erstens, weil sie schon vielmehr Papiergeld gedruckt haben, als sie Gold besitzen. Zweitens, weil, wenn alle nur Gold annähmen, die Amerikaner nicht mehr mit Papiergeld ausländische Unternehmen aufkaufen könnten. Und das Spiel wollen sich die Amerikaner nicht verderben lassen."

Sohn: „Das ist ja, wie wenn einer beim Kartenspiel das Recht hätte, laufend neue Asse aus der Tasche zu ziehen und die anderen damit zu bedienen."

Vater: „Ja, sehr richtig! Das Komische daran ist nur, daß die ganze Welt sich jetzt über die Spieler aufregt, die dieses Spiel nicht mehr mitmachen wollen, vor allem, nachdem einer der Schummelbrüder, nämlich England, das mit den Amerikanern unter einer Decke steckt, mit seinen Falschkarten am 18. November letzten Jahres erwischt worden ist. Die geprellten Spieler wollen dies nicht noch einmal erleben und tauschen ihr englisches Papiergeld immer mehr in Gold ein."

Sohn: „Ist denn genug Gold für alle da?"

Vater: „Nein, nicht wenn alle ihr Papiergeld eintauschen wollen."

Sohn: „Ah — dann werden die anderen so lange versuchen, ihre gefälschten Karten in Gold umzutauschen, bis die Amerikaner merken, daß ihr Goldvorrat bei diesem Preis nicht mehr ausreicht. So müssen die Amerikaner, sich nach dem Umfang der noch ausstehenden Falschkarten richtend, den Goldpreis erhöhen."

Vater: „Sehr richtig — und damit das Spiel von neuem losgehen kann, werden sie den Goldpreis gleich noch höher als notwendig festsetzen. Wer hat das Spiel nun verloren?"

Sohn: „Natürlich die, die auf den falschen Karten sitzengeblieben sind!"

*) Aus der „Zeit" vom 19. 1. 1968

Das Zinsproblem

Die mannigfache Verwirrung die in den Vorstellungen über den Zins herrschen, veranlaßt mich, dieses Thema erneut aufzugreifen und ausführlicher zu behandeln.

Der Zins ist aus unserer Wirtschaft nicht wegzudenken. Ihm kommt die volkswirtschaftlich bedeutsame Rolle zu, das Kapital an die Stellen des Bedarfs zu lenken. Er hat eine Funktion und ist daher moralischen Wertungen unzugänglich.

Kritisiert wird hier die Auffassung, der Zins sei aus unserer Wirtschaft nicht wegzudenken, d. h. es würde ihn auch bei einer freiheitlichen Ordnung der Wirtschaft geben — selbst wenn diese lange genug in Kraft sei.
Kritik erntet weiterhin die Ansicht, der Zins sei moralischen Wertungen unzugänglich.
Im folgenden werde ich versuchen, das Wesen des Zinses kurz zu charakterisieren:

Der Zins als Preis

Gehen wir von einer offen zu Tage liegenden Erfahrung des praktischen Wirtschaftslebens aus!

Die Höhe des Zinsfußes ist nicht konstant, sondern variabel. Das heißt jedoch nicht, daß sich der Zinsfuß völlig ungesetzmäßig verändert. Vielmehr hängt seine Höhe von Angebot und Nachfrage ab.

Bei gleichbleibender Nachfrage und größerem Kapitalangebot sinkt der Zins. Bei gleichbleibender Nachfrage und geringerem Kapitalangebot steigt der Zins. Bei erhöhter Nachfrage und gleichem Kapitalangebot steigt der Zins und bei verminderter Nachfrage und gleichem Kapitalangebot sinkt der Zins.

Daraus folgt zwingend, daß der Zins ein Preis ist, und zwar ein Preis für die Dienstleistung der Bereitstellung von Kapital.

Der Zins übt damit alle jene Funktionen aus, die auch jeder andere Preis erfüllt. Er lenkt also insbesondere das Kapital an die Stellen der größten

Nachfrage oder umgekehrt, er lenkt den Bedarf an die Stellen des höchsten Kapitalangebotes.

Die volkswirtschaftliche Natur des Zinses ist damit bereits hinreichend umrissen.
Weitergehende Erörterungen können nur mehr den Sinn haben, die Einflußfaktoren und Wechselwirkungen zu beleuchten, denen Angebot und Nachfrage und damit die Höhe des Zinses unterliegen.

Die Komponenten des Zinses

Der Zins, wie wir ihm in der Praxis begegnen, ist eine äußerst heterogene Erscheinung.
Der Bruttozins umfaßt Spesen und Bearbeitungsgebühren, eine Risikoprämie zum Ausgleich des durch die unterschiedliche Bonität der Kapitalnehmer bedingten Wagnisses sowie eine Haussepräme zum Ausgleich von Kaufkraftverlusten und nicht zuletzt den eigentlichen Nettozins.

Nur dem letzteren haben wir uns im folgenden zu widmen.

Wir müssen außerdem unterscheiden zwischen natürlichem Zins als Rente des Produktionskapitals und dem Geldzins als Rente des Leihkapitals. Unter Produktionskapital sei hier nur das künstliche Produktionskapital verstanden und das natürliche, also Grund und Boden, ausgeklammert.
Der Geldzins wiederum beinhaltet eine Liquiditätsprämie als Ausdruck des Vorteiles, den der Leihkapitalbesitz gegenüber dem Produktionskapitalbesitz gewährt, ein Vorteil der aus der Überlegenheit des Geldes über die Ware resultiert.

Die Bestimmungsgründe des Zinses
Natürlicher Zins und Geldzins gehorchen einigen wichtigen Gesetzmäßigkeiten, die nun behandelt werden sollen.
Bei den folgenden Betrachtungen setzen wir stets konstante Nachfrage N voraus.

Unter den Punkten 1 bis 5 schildern wir zunächst das Verhalten des Zinses in der von uns erstrebten freiheitlichen Wirtschaftsordnung, während unter der Ziffer 6 die Abweichung unseres heutigen Wirtschaftssystems charakterisiert werden soll.

1. Ein Produktionskapital hat die Tendenz, sich ständig zu vermehren. Der Besitzer eines Produktionskapitals bezieht außer seinem Arbeitseinkommen eine Rente als Kapitaleinkommen. Die Existenz eines Produktionskapitals, das eine Rente abwirft, die kleiner ist als der mögliche Konsum, gibt die Möglichkeit zu neuen Investitionen ohne Lohnverzicht, während

die Existenz von Produktionskapital, dessen Rente den möglichen Konsum übersteigt, sogar den inneren Zwang zu solchen Investitionen impliziert.

2. Auf einem vollkommenen Kapitalmarkt hat die Rente R eines Produktionskapitals die Tendenz zu sinken und strebt für den Fall, daß das Kapitalangebot A gegen unendlich strebt gegen den Grenzwert Null, ohne diesen zu erreichen. Das Sinken der Rente wird bewirkt durch das nach 1 steigende Kapitalangebot. Da das Kapitalangebot stets eine endliche Größe ist, wird es zwar sehr groß aber nie unendlich, so daß der Grenzwert

$$\lim_{A \to \infty} R = \lim_{A \to \infty} \frac{N}{A} = 0$$

nicht erreicht wird und stets gilt $R > 0$

3. Auf einem u. a. infolge zeitlicher oder räumlicher Präferenzen unvollständigen Kapitalmarkt gibt es keinen einheitlichen Preis eines Produktionskapitals, da die räumlichen und zeitlichen Unterschiede durch einen Aufpreis oder einen Preisnachlaß ausgeglichen werden.

4. Für jede neu geschaffene Art von Produktionskapital, die anfangs naturgemäß nur in geringem Umfang angeboten werden kann, bildet sich erneut eine Rente, die vorübergehend weit über den Renten der bereits stark vermehrten Kapital-Arten liegt.

5. Der Geldzins Z als Rente des Leihkapitals pendelt um den natürlichen Zins R als Rente des Produktionskapitals. Gilt $Z > R$, dann läßt die Nachfrage nach Leihkapital nach, da die Rente des Produktionskapitals den Geldzins nicht mehr deckt. Folglich sinkt Z. Gilt $Z < R$, dann steigt die Nachfrage nach Leihkapital, da dem Leihkapitalnehmer immer noch eine Rente in Höhe von $R - Z$ verbleibt. Also steigt Z.

6. Die Rente des Produktionskapitals sinkt nicht unter die Liquiditätsprämie L, da sonst die Rente des Produktionskapitals R niedriger als der Vorteil des Leihkapitalbesitzes sein würde.

Es bleibt jetzt nur noch zu prüfen, ob Einflüsse seitens der bisher als konstant angenommenen Nachfrage das bis jetzt gewonnene Ergebnis in Frage stellen können.

Durch die nach Ziffer 1 stets steigende Kapitalbildung in allen Schichten des Volkes könnte zunächst der Gedanke nahegelegt werden, daß die Nachfrage nach Kapital sinke. Dies würde einer Beschleunigung des unter Ziffer 2 geschilderten Vorganges gleichkommen und für den Fall $N = 0$ zu $R = 0$ führen.

Demgegenüber muß aber berücksichtigt werden, daß auch bei sehr großer Kapitalausstattung der Wirtschaft die Bedürfnisse der Bevölkerung unbe-

grenzt und Investitionen deshalb lohnend bleiben. Die Nachfrage dürfte sich also kaum verändern.

Damit konnte nachgewiesen werden, daß der Zins auch in der freiheitlichen Wirtschaftsordnung existieren wird, wenn auch nicht in der bisherigen Höhe, und daß er auch in einer freiheitlichen Ordnung wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat.

Zins und Moral

Berücksichtigt man, daß nur menschliches Handeln mit dem Attribut „moralisch" oder „unmoralisch" versehen werden kann, so haben wir in der Folge nicht vom Zins als solchem, der sich eo ipso moralischer Wertung entzieht, zu sprechen, sondern vom Zinsnehmen als menschlicher Tätigkeit.

Der Zins ist, wie wir gesehen haben, ein Preis für die Bereitstellung von Kapital, ein Preis, der durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird, wie der Brotpreis beim Bäcker oder der Preis der Kohlköpfe beim Gemüsehändler.

Wer also sagt, Zinsnehmen sei unmoralisch, der muß bei einiger Konsequenz auch die Forderung eines jeden anderen Kaufpreises als unmoralisch apostrophieren. Das geht aber ganz offensichtlich zu weit.

Es ist doch gerade der Motor der Wirtschaft, daß jeder Teilnehmer versucht, für seinen Beitrag den höchstmöglichen Erlös zu erzielen. Wenn also Herr X auf völlig legale Weise beispielsweise 20 % Zins erlöst, so kann man ihn dazu bestenfalls beglückwünschen oder vielleicht vor Neid erblassen, aber es wäre äußerst unangebracht, ihn mit wenig schmeichelhaften Beiworten zu versehen. Wer käme auch auf den Gedanken, den Kaufmann zu verurteilen, der die Möglichkeiten seines Marktes voll ausschöpft und bei großer Nachfrage hohe Preise verlangt. Er kann ja umgekehrt bei geringer Nachfrage auch nur niedrige Preise erzielen. Das trifft auf den Zins ebenso zu, wie auf jeden anderen Preis.

Sofern man das Verbot des Zinsnehmens oder die Verurteilung des Zinsnehmens, als Sünde, nicht als Glaubenssatz postulieren und damit jeder vernünftigen Kritik entziehen will, kommt man zu dem Ergebnis, daß eine moralische Wertung des Zinsnehmens abwegig ist.

Ausdrücke wie „Ausbeutung", „Zinsknechtschaft" oder „Zinswucher" sind somit keineswegs angebracht, umso weniger als der Zins, wie wir oben gesehen haben, in unserer heutigen und in der freiheitlichen Wirtschaftsordnung Funktionen zu erfüllen hat.

Wer sich klassenkämpferischer Parolen, wie der zitierten, bedient, muß sich darüber klar sein, daß sie Ausfluß ideologischer Auseinandersetzungen sind, die allzu oft mit mehr Emotion als Sachverstand ausgefochten werden.

Diederich Römheld

Zahlen aus der Volkswirtschaft[1)]

zusammengestellt von Diederich Römheld

Zeitpunkt oder Zeitraum	Bargeld-umlauf 2)	Preisindices 3)			Handels-bilanz	Arbeitsmarkt	
		Grund-stoffe	Einzelhan-delspreise	Lebens-haltung 4)	(+ Export-überschuß)	offene Stellen	Arbeits-lose
	ME/JE Mio. DM	MD/JD 1958=100	MM/JD 1958=100	MM/JD 1962=100	MS/JS Mio. DM	ME/JD Tsd.	ME/JD Tsd.
1963	27.152	101,1	109	103,0	+6032	554,8	185,6
1964	29.545	103,4	112	105,4	+6081	609,2	169,1
1965	31.453	106,2	115	109,0	+1203	649,0	147,4
1966	32.906	107,7	119	112,8	+7952	528,5	169,1
1967	32.829	104,0	120	114,4	+16860	301,9v	465,9v
1/67	31.594	106,3	120	114,1	+1429	255,1	621,2
2/67	32.263	106,4	120	114,2	+1411	275,5	673,6
3/67	32.458	105,5	120	114,3	+1495	302,5	576,0
4/67	33.137	103,7	120	114,5	+1844	295,7	501,3
5/67	32.598	103,0	120	114,8	+1285	308,6	458,5
6/67	33.349	103,3	120	115,0	+1306	325,7	400,8
7/67	33.768	102,6	120	115,1	+1300	337,1	377,2
8/67	33.234	103,1	120	114,4	+ 984	347,0	359,5
9/67	33.375	103,2	119	114,1	+1509	335,7	341,1
10/67	32.695	103,1	119	114,0	+1637	310,0	360,8
11/67	34.228	103,8	120	114,2	+1172	280,4	395,0
12/67	32.829	104,7	120	114,2	+1488	249,6v	526,2v
1/68	32.301	102,2	120	115,7	+1264v	303,2v	672,6v

Diskontsatz ab 17. 2. 1967 4 % ab 14. 4. 1967 3,5 % ab 12. 5. 1967 3 %

MA, MM, ME, MS, MD Monats- } -anfang, -mitte, -ende, -summe, -durchschnitt
JA, JM, JE, JS, JD Jahres- }

f). Zahlen liegen noch nicht vor v) vorläufige Zahlen

Anmerkungen:

1) Die hier wiedergegebenen Zahlenfolgen sind noch nicht saisonbereinigt.

2) Bilanzzahlen der Deutschen Bundesbank, also ohne vom Bund aus ausgegebene Scheidemünzen und mit Kassenbeständen der Kreditinstitute sowie mit den im Ausland befindlichen deutschen Noten.

Der Bargeldumlauf M ist neben seiner Umschlaghäufigkeit U und dem Warenangebot Q ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für das Preisniveau P: $M \times U = Q \times P$ (FISHER'sche Tauschgleichung).

3) Diese Indexzahlen geben nicht notwendig die Entwicklung des Preisniveaus P wieder, da sie jeweils nur einen kleinen Ausschnitt aus dem gesamten Warenangebot berücksichtigen.

4) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des allein verdienenden Haushaltsvorstandes.

Quellen:

Ausweise, Monatsberichte und Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/Main; „Statistischer Wochendienst" des Statist. Bundesamtes, Wiesbaden.

Besuch bei Picasso*

In jungen Jahren glaubte auch ich, wie alle jungen Künstler, an die Religion der Kunst, der großen Kunst. Später aber, als die Jahre gingen, wurde mir klar, daß die Kunst, wie sie noch das ganze neunzehnte Jahrhundert aufgefaßt hatte, ihr Ende erreicht hat, daß sie eine Sterbende, zum Tod Verurteilte ist und daß die sogenannte künstlerische Betätigung bei all ihrer Vielfalt nichts anderes darstellt als die sehr mannigfach gestalteten Escheinungsformen ihres Todeskampfes. Die Menschen entfremden sich immer mehr und mehr der Malerei, der Skulptur, der Dichtkunst, mag es auch zunächst nicht so scheinen. Sie haben heute ihr Herz ganz anderen Dingen eröffnet: Maschinen, wissenschaftlichen Entdeckungen, dem Reichtum, dem Gebiet der Naturkräfte und der Erforschung der Länder auf dieser Erde. Die Kunst empfinden sie nicht mehr als Lebensbedürfnis, als geistige Notwendigkeit, wie es in früheren Jahrhunderten geschah.

Viele von ihnen fahren fort, sich als Künstler zu geben und mit Kunst zu beschäftigen, aber aus Gründen, die mit echter Kunst wenig zu tun haben, nämlich aus Nachahmungstrieb, aus wehmütiger Liebe zur Tradition, aus Beharrungsvermögen, aus Liebe zu Großtuerei, zu Luxus, zu geistiger Neugier, ferner aus Mode oder aus Berechnung. Gewohnheit oder Snobismus lassen sie mehr in gestriger Zeit, aber die große Mehrzahl, hoch und nieder, kennt keine echte und heiße Leidenschaft für die Kunst mehr, sondern betrachtet diese bestenfalls als Unterhaltung und Zerstreuung oder als Ornament. Allmählich werden die neuen Generationen, die in Mechanik und Sport vernarrt sind, ehrlicher, zynischer und roher auftreten und die Künste in Museen und Bibliotheken verbannen, als unverständliche, nutzlose Überbleibsel aus vergangener Zeit.

Was kann ein Künstler, der dies nahe Ende klar vor sich sieht, wie ich es sehe, was kann er tun? Berufswechsel wäre ein zu harter Entschluß, wäre auch gefährlich vom Standpunkt des Lebensbedarfes. Für ihn gibt es nur zwei Wege: Suche nach Unterhaltung und Streben nach Gelderwerb.

---

*) Picasso über die Kunst in Giovanni Papini „IL LIBRO NERO", im Verlag Herold, Wien.

Vom Augenblick an, da die Kunst nicht mehr Seelenspeise für die Besten unter den Menschen ist, kann der Künstler sein Talent in jeglicher Suche nach neuen Formen sich ausleben lassen, in allen Bocksprüngen seiner Phantasie, mit allen Hilfsmitteln geistiger Marktschreierei. Das Volk sucht in der Kunst nicht mehr Erbauung und Erhebung, aber die Schlauen, die Reichen, die Müßiggänger und die Goldsucher fahnden nach Neuem, Ungewöhnlichem, Absonderlichem, nach dem, was befremdet und Anstoß erregt. Ich meinerseits habe, vom Kubismus bis heute, diese Narren und diese Kritiker mit all den vielgestaltigen Wunderlichkeiten zufriedengestellt, die mir durch den Kopf gingen. Je weniger sie davon begreifen, desto mehr bewundern sie mich. Dank den Belustigungen, die mir alle diese Spielereien boten, diese Seiltänze, das Rätselstellen, das Erratenspiel mitsamt allem Arabeskenschmuck, wurde ich ziemlich schnell berühmt. Berühmtheit aber bedeutet für einen Maler Verkäufe, Verdienst, Glück, Reichwerden. Und heute bin ich, wie Sie ja wissen, berühmt und reich. Aber wenn ich allein bin, habe ich nicht den Mut, mich für einen Künstler zu halten, im großen, alten Sinn dieses Wortes. Echte Maler waren Giotto und Tizian, Rembrandt und Goya; ich bin nur ein *amuseur public*, der seine Zeit erfaßt hat und besser, als er ahnen mochte, die Dummheit, die Eitelkeit und die Habgier seiner Mitmenschen auszunutzen wußte. Was ich da sage, ist ein bitteres Eingeständnis, schmerzhafter, als Sie wohl glauben, aber es hat den Wert der Aufrichtigkeit.

„Et après ça", schloß Pablo Picasso. „allons boire."

„Es gibt wenig böse Menschen, und doch geschieht soviel Unheil auf der Welt; der größte Teil dieses Unheils kommt auf Rechnung der vielen, vielen guten Menschen, die weiter nichts als gute Menschen sind."

Johann Nestroy

Es werden viele kommen und sagen, daß sie dies und das für Euch unternehmen. Hört, ob sie vom Boden reden. Reden sie nicht vom Boden, so sind sie Charlatane oder Schlimmeres. Immer und ewig wälzt diese Kulturmenschheit den furchtbaren Block der Bodenrechte vor sich her.

Graf Leo Tolstoi

Die Enzyklika „Populorum progressio" und die Wirtschaftsfrage

Die Forderungen und Richtlinien aus „Populorum progressio" kann man als Mensch, besonders aber als Christ, nur bejahen. Was aber fehlt, sind praktikable Vorschläge, wie diese Forderungen erfüllt werden können. Daran mangelt es bisher in allen Enzykliken. Daher sind all die Nöte und Sorgen, all die Unzulänglichkeiten trotz einer zweitausendjährigen Geschichte der Kirche bis zum heutigen Tage bestehen geblieben. Die gesamte Menschheit leidet unter diesen Unzulänglichkeiten. Die Fakten sind zwar festgestellt, und der Wille zur Beseitigung dieser Mißstände ist da. Es geht nun nur noch um die Erkenntnis des *Wie*. Dieses *Wie* fehlt leider auch in dieser Enzyklika. So wohlgemeint diese Ermahnungen zur Änderung sind, so stellen sie aber doch noch keine *Lösungen* dar.

Welcher Wirtschafter gibt schon von seiner Substanz an seinen Mitbewerber soviel ab, daß der Mitbewerber die gleichen Chancen im Wettbewerb hat? Im Gegenteil, man schließt sich zu immer neuen, größeren Konzernen zusammen, um den Mitbewerbern überlegen zu sein. Genau so verhält es sich mit den Staaten. Immer größere Machtblöcke werden geschmiedet, um möglichst den anderen Machtblock zu übertreffen.

Das Almosen des reichen Mannes an den Bedürftigen kann wohl im Zeitpunkt der Not diese etwas mildern, lösen kann es aber das Problem nicht. Genau so wenig wird aber eine Entwicklungshilfe der bisherigen Handhabung das weltweite Problem der sozialen Frage lösen. Und wie oft werden in bester Absicht gegebene Almosen von dem Empfänger verschwendet. Die Entwicklungshilfe ist genau so ein Almosen der reichen Staaten an die armen Staaten und fließt nur allzu oft in dunkle Kanäle, ohne dem betreffenden Entwicklungsland und dessen Menschen zu helfen. Meist stärken sie nur einen ganz kleinen Kreis, der der Hilfe eigentlich garnicht bedarf.

So besteht auch eine Trennwand zwischen arm und reich schon innerhalb der reichen Völker. Oder gibt es in Deutschland oder Amerika keine armen Menschen mehr?

Da gilt es, die Forschung anzusetzen. Wenn es aber in hochindustriealisierten, hochtechnisierten Ländern nicht möglich ist, das Sozialprodukt „gerecht" zu verteilen, wie will man es, ohne die Ursache der Ungerechtigkeit zu erkennen, im Weltmaßstabe erreichen? Ohne sozialen Frieden gibt es auch keinen Weltfrieden. Ist aber erst einmal der soziale Frieden erreicht, so wird auch der Weltfriede möglich sein. Nicht schneller und nicht langsamer.

Wie läßt sich also die Sehnsucht des Menschen aus Kapitel 6 der Enzyklika verwirklichen? „Frei sein von Elend, Sicherung des Lebensunterhaltes, Gesundheit, feste Beschäftigung? Schutz vor Situationen, die die Menschenwürde verletzen. Das ist die Sehnsucht der Menschen von heute, und doch ist eine große Zahl von ihnen dazu verurteilt, unter Bedingungen zu leben, die diesem Verlangen Hohn sprechen. Wo steckt also der Fehler, der trotz aller Technik, trotz aller Wissenschaft und Forschung auf vielen Gebieten, trotz bestem Wollen, noch nicht ausgemerzt ist? Das Geld hetzt die Menschen gegeneinander bis zum erbarmungslosen Krieg, zu Mord und Totschlag, schließlich bis zur völligen Vernichtung der Menschheit. Die Mittel dazu sind gefunden, man kennt sie bereits.

Das Geld und seine Problematik sind noch fast völlig unerkannt. An keiner Universität wird das Wesen des Geldes erforscht. Die ganze Menschheit würde nach Rom blicken, wenn die katholische Kirche an ihren Universitäten damit den Anfang machen würde.

Was ist Geld? Wer hat es je schlüssig definiert? Wie funktioniert es? Ist Geld Tauschmittel, ist es Schatzmittel? Ist es beides? Funktioniert es tatsächlich? Wer weiß schon was von den Funktionen des Geldes? Hat der Tanz um das goldene Kalb aufgehört? Gibt es in Gestalt den Konjunkturzyklen nicht mehr die sieben fetten und die sieben mageren Jahre, von denen die Bibel spricht?

Zum Verständnis der aufgeworfenen Fragen darf ich zurückgehen auf den Zeitpunkt der Währungsreform 1948 in Deutschland. Die Verhältnisse waren gerade das Gegenteil von dem, was in Kapitel 6 der Enzyklika als wünschenswert angeführt ist. Allgemeines großes Elend, kein gesicherter Lebensunterhalt, keine feste Beschäftigung, leere Läden, Not, Krankheit, Trostlosigkeit. Die Verhältnisse lagen weit unter denen eines jeden Entwicklungslandes des Jahres 1967. Zerstörte Dörfer und Städte, zerbombte Fabriken, kaum noch Verkehrsmittel, zerstörte Straßen und Brücken. Das ganze Land lag darnieder.

Mit der Einführung des neuen Geldes, am 20. Juni 1948, aber waren von einem Tag zum anderen die Läden wieder gefüllt. Die Menschen fanden

wieder Arbeit, Zuversicht und neuen Lebensmut. Ein emsiges Schaffen setzte ein und hat die Not in wenigen Jahren — so schien es jedenfalls — überwunden. Die Technik läßt die Wirtschaft rasch zu Hochleistungen kommen. Die Kapitalbildung — trotz der großen Kriegsverluste — ist rasch erfolgt und drückt auf den Zins. Dann wird das Geld wieder festgehalten. Die Wirtschaftslage wird schlechter und das Gespenst der Arbeitslosigkeit geht um. Wie zu allen Zeiten werden Kanonen und Bomben fabriziert werden. Die Massen werden unzufrieden sein und der Nationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen und das Ende kann nur wieder Krieg sein.

Warum wird aber das Geld festgehalten? Die Ursache dazu ist die generelle Überlegenheit des Geldes über Waren und Dienstleistungen. Das ist die Ursache der wirtschaftlichen Misere.

Je nachdem, wie das Geld verwaltet wird, bringt es einmal die Menschen zu einer immensen Arbeitsleistung — man sehe sich den Wiederaufbau in Deutschland an — und zum anderen sperrt es den Menschen von der Arbeit aus. Es läßt ihn nicht mehr arbeiten, und damit entsteht Elend und Not.

Es gilt endlich diese Zusammenhänge aufzudecken! Wie war die Handhabung des Geldes im ersten Falle, bei dem die Menschen große Leistungen vollbrachten und wie war sie im anderen Falle, bei dem die Krisis entstand? Sehen wir uns zunächst die Verhältnisse zur Zeit der Währungsreform an. Die Notenbank gab damals 2,3 Milliarden Deutsche Mark in den Verkehr. Damit war ein neues Preisniveau geschaffen. Da der Bedarf an Gütern sehr groß war — es mangelte ja an allem — hielten diese 2,3 Milliarden sofort Nachfrage. Damit war der Geldumlauf entsprechend dem Gesetz: Angebot und Nachfrage bilden den Preis und Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit ergeben die Nachfrage vorerst gesichert. Entsprechend dieser Formel kam die Wirtschaft in Fluß, und es entstand das neue Preisgefüge. Durch intensive Arbeit wurde nun laufend das Angebot vergrößert. Die Notenbank vergrößerte daraufhin die Geldmenge in dem Maße, daß das Geld stetig etwas an Wert verlor, so daß die Preise langsam aber stetig stiegen. Heute haben wir eine Geldmenge von ca. 33 Milliarden. Der Wertverlust des Geldes veranlaßte nun jeden einzelnen Menschen möglichst schnell zu kaufen, denn laufend wurde das Geld weniger wert, und die Waren teurer. So kam es dazu, daß die Menschen auch auf Kredit kauften, um in den Genuß des noch relativ niedrigen Preises zu kommen. So lief die Wirtschaft auf vollen Touren. Das Sozialprodukt stieg und stieg, wuchs und wuchs. Die Notenbank vermehrte also jeweils die Geldmenge, so daß die Preise stiegen.

Nachdem die primitivsten Bedürfnisse gedeckt waren, wurde Kapital gebildet. Der Spartrieb des Menschen veranlaßte ihn nun langsam Kapital zu bilden. Die Vermehrung des Kapitals drückte aber mehr und mehr den Kapitalertrag, den Zins herunter. Dem Sinken des Kapitalertrages versuchte man entgegenzuwirken und es wurde das Stabilisierungsgesetz Ehrhards verabschiedet. — Was wollte man denn stabilisieren? Den Wohlstand? Wessen Wohlstand? Nichts anderes war in Gefahr als der Kapitalertrag! Darum wurde der Diskontsatz erhöht, die Mindestreserven heraufgesetzt, das Geld verteuert. Die Notenbank begann die Politik des knappen Geldes. Der fragwürdige „Erfolg" stellte sich auch prompt ein: der Geldwert stabilisiert, die Wirtschaft lahmgelegt. So kam was kommen mußte. Das Geld nahm an Kaufkraft zu. Die Aktien fielen, VW bis auf 280.

Das Geld wurde festgehalten. Die Aufträge blieben aus. Die Menschen wurden arbeitslos. Absatzstockungen auf der ganzen Linie! Die Steueraufkommen sanken. Mehr Arbeitslose, mehr Konkurse, mehr Selbstmorde! Diese Zusammenhänge muß man erkennen und ich halte es für eine Frage des Hl. Geistes, ob sie erkannt werden.

Wird aber erkannt, daß im einen Falle die Menschen zu einem irrsinnigen Arbeitstempo veranlaßt werden, bei dem sie oft vergessen, daß sie Menschen sind, daß sie darauf losarbeiten wie Maschinen, ohne Rücksicht auf die Familie, auf die Gesundheit, daß sie im anderen Falle aber am Arbeiten gehindert werden und sie in Not geraten, dann sollte auch der Weg zu finden sein, das konjunkturelle Gleichgewicht, d. h. Dauervollbeschäftigung herzustellen und damit Freiheit von Elend und Not, sicherer Lebensunterhalt, feste Beschäftigung — die Lösung der sozialen Frage! —

Kurt Oster

Buchbesprechungen

Pflichtlektüre für Bodenreformer

Wer erkannt hat, daß die heutige Bodenordnung der Marktwirtschaft nicht gemäß ist, und mit dem Sinken des Landeszinsfußes vollends funktionsunfähig wird, kann sich eine gewissenhafte Auseinandersetzung mit dem schon 1960 erschienenen Buche von

Heinrich Richard
Die Entfesselung der Wirtschaft
Der Weg der Steuerreform.
Die Voraussetzung der Stadt- und Landesplanung.
Verlag für Wirtschaftsförderung, Darmstadt

nicht ersparen. Der Autor bemüht sich, die Richtigkeit der Vorschläge Henry Georges durch viele Zahlenbeispiele und graphische Darstellungen zu erhärten. Die Notwendigkeit dieses Weges begründet er u. a. mit folgenden Worten (S. 69): „Man hat dem Verfasser vorgehalten, seine umständlichen Beweise seien doch überflüssig, da die Errechnung des Bodenwertes auf dem geschilderten Wege und alle Folgen daraus sich doch von selbst verstünden. Offenbar hatten auch die großen Meister der Theorie dieselbe freundliche Vorstellung vom Denkvermögen ihrer Leser. Darum unterließen sie Zahlenbeispiele. Das ist zu bedauern; denn das gestattet den Epigonen so falsche Auslegungen der richtigen Theorie, daß Zahlenbeispiele zur Klarstellung nachgeholt werden müssen. Was heutzutage, sogar unter Berufung auf Henry George, als Steuerreform vertreten wird, ist, gelinde gesagt, so naiv, daß dem nachdrücklich widersprochen werden muß: man will die geringe privatbezogene Restbodenrente ‚erfassen' und womöglich ‚wegsteuern', den Abbau der schädlichen Steuern jedoch seinen Enkeln überlassen! Als ob ein Finanzminister sich unter diesen Umständen jemals eine Steuer entreißen ließe! Mag sie noch so bösartig sein, — für ihn hat sie sich stets ‚gut bewährt', weil sie seinen Säckel füllte! Man kann Henry George nicht ärger mißverstehen als mit einer solchen Pseudoreform; denn dem geplagten Steuerzahler und der bedrängten Wirtschaft nützt die Einziehung der Restbodenrente garnichts, weil alles auf den Abbau der geltenden Steuern ankommt!"

Dieses Zitat zeigt nicht nur, um was es Heinrich Richard geht, sondern auch, wie temperamentvoll, ja politisch („geplagte Steuerzahler", „bedrängte Wirtschaft") er argumentiert. Er setzt sich in dieser angriffslustigen Form mit so ziemlich allen namhaften Nationalökonomen und Bodenreformern auseinander. So folgt auf das wiedergegebene Zitat noch auf derselben Seite ein heftiger Angriff auf Silvio Gesell. Dem Leser muß das oft als überflüssige Weitschweifigkeit erscheinen; andererseits ist nicht zu verkennen, daß auf diese Weise die Fronten zwischen dem Autor und anderen Nationalökonomen und Bodenreformern sowie dem Autor und dem Leser rasch geklärt werden. Die kritische Distanz des Lesers wird ständig wachgehalten!

Es wäre nun sehr bedauerlich, wenn sich diejenigen, die die prinzipielle Reformbedürftigkeit unserer Bodenordnung erkannt haben, aus Verärgerung über polemische Äußerungen Richards

von der Auseinandersetzung mit dem sachlichen Kern seines Werkes dispensieren würden. Erst recht ist es kein Grund, die Auseinandersetzung zu unterlassen, weil man zu anderen Ergebnissen als Richard gekommen ist. Denn er wiederholt nicht einfach die schon bekannten Argumente Henry Georges und seiner Anhänger. Er prüft sie — mit bemerkenswerter Distanz zu Henry George — nach, und bringt vor allem manches wertvolle neue Argument. Zudem setzt er sich mit den Meinungen der Gegner und Epigonen Henry Georges auseinander.

Als Beispiel wertvoller Klarstellungen Richards sei erwähnt, daß er begrifflich scharf zwischen Bodenwert und Bodenpreis unterscheidet. Der Bodenpreis ist der beim Verkauf eines Grundstücks unter Privatleuten gezahlte Geldbetrag. Er entspricht der Kapitalisierung der Bodenrente, die ein Privateigentümer des Grundstücks erzielen kann. Das ist aber nicht die ganze Bodenrente, sondern nur der Teilbetrag, der nach Abzug aller Steuern, die die volle Bodenrente direkt oder indirekt reduzieren, dem Eigentümer verbleibt. Die Kapitalisierung der vollen Bodenrente bezeichnet Richard als Bodenwert. Der Bodenwert ist also regelmäßig höher als der Bodenpreis. Die Differenz zwischen beiden ist die Kapitalisierung der zu Lasten der vollen Bodenrente erhobenen Steuern.
Also:

Bodenwert = Bodenpreis + Steuerkapitalisierung

Bodenrente = Restbodenrente (Privatrente) + Steuer

Hat die Steuer die Höhe der vollen Bodenrente erreicht, wird der Boden volkswirtschaftlich nicht wertlos, nur die Marktpreise der Grundstücke bewegen sich (wie die Privatrenten) in Richtung Null. Erst diese Begriffsstrenge macht klar, welches die Bemessungsgrundlage der von Richard im Anschluß an Henry George vorgeschlagenen Bodenwertsteuer ist und wie diese Bemessungsgrundlage ermittelt werden kann, obwohl die Marktpreise der Grundstücke unter dem Einfluß der Steuerhöhe stehen!

An anderer Stelle*) habe ich die Meinung vertreten, das Aufkommen an Bodenwertsteuer solle nach Köpfen auf die Bevölkerung verteilt werden. Richard vertritt mit Henry George den Standpunkt, daß es der Finanzierung der öffentlichen Haushalte, genauer: der Abschaffung aller bisherigen Steuern, dienen solle. Wie auch das obige Zitat zeigt, legt Richard gerade auf diese Steuerreform entscheidenden Wert. Er macht allen bisherigen Steuern zum Vorwurf, daß sie die wirtschaftliche Produktivität sehr stark beeinträchtigen. Das stimmt zumindest weitgehend, darüber sind sich auch die Finanzwissenschaftler einig. Es ist auch richtig, daß die Bodenwertsteuer diesen Mangel nicht hätte, sondern gegenüber einer völlig abgabenlosen (!) Marktwirtschaft mit Privateigentum am Boden sogar den Vorteil hätte, eine rationellere Nutzung des Bodens zu erzwingen. Das sind starke Argumente für die Ersetzung der bisherigen Steuern durch die Bodenwertsteuer, aber es müssen wohl noch weitere Argumente zur Findung einer endgültigen Entscheidung der Frage herangezogen werden. Mir scheint z. B. die Heranziehung des Bodenwertsteuer-Aufkommens für die Staatshaushalte im Ergebnis einer Kopfsteuer zu entsprechen; das wäre sehr problematisch.

Ferner scheint mir, daß die Vorwürfe gegen die alten Steuern die neue Mehrwertsteuer nicht mehr treffen. Durch alle Einnahmen für seinen Staatshaus-

*) Fragen der Freiheit, Heft 38, Seite 4 unten, 20 unten bis 21 Mitte. Bedauerlicherweise war mir damals die Notwendigkeit noch nicht klar, zwischen Bodenwert und Bodenpreis deutlich zu differenzieren. Mein Aufsatz leidet daher an Unklarheiten und Fehlern, die der Leser nach dem Durcharbeiten von Richards Werk aber selbständig bereinigen kann.

halt, welche Bemessungsgrundlage etc. sie auch haben mögen, bemächtigt sich der Staat entweder eines Teiles des Nettosozialproduktes (Volkseinkommens) oder eines Teiles der Substanz des Volksvermögens. Es handelt sich also stets um eine Einkommens- oder Vermögensverlagerung von den Bürgern auf den Staat. Die neue Mehrwertsteuer erfaßt konsequent einen Bruchteil des Nettosozialprodukts, indem sie von jedem Produzenten einen prinzipiell gleichbleibenden Prozentsatz seiner Wertschöpfung fordert. Das Nettosozialprodukt besteht ja aus nichts anderem als der Summe dieser individuellen Wertschöpfungen. Die Mehrwertsteuer ist demnach eine Einkommensteuer, die die Einkommen am Ort ihrer Entstehung noch vor ihrer Verteilung auf die verschiedenen Produktionsfaktoren erfaßt. Daß sie nicht von den Verbrauchern, sondern den Einkommensbeziehern getragen wird, ist besonders deutlich, wenn man den Mehrwertsteuersatz unter der Bedingung eines gleichbleibenden Preisniveaus variiert. — Wäre es also nicht richtiger, die Abschaffung produktivitätshemmender Steuern durch eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zu kompensieren? Die Frage soll hier nur aufgeworfen werden. Einer befriedigenden Steuerreform wird stets eine ganz einschneidende Beschränkung der Staatsaufgaben und -ausgaben vorangehen müssen.

Betrachtet man, wie es Henry George und Richard tun, die Bodenreform als Steuerreform, so verschafft man ihr vielleicht ein gutes Propaganda-Zugpferd (das könnte sie gut brauchen!), aber man rückt allzu viele ordnungspolitische Gesichtspunkte zu sehr aus dem Blickfeld. Gewiß ist die Frage der Produktivität unserer Wirtschaftsordnung wichtig und die produktivitätshemmende Wirkung vieler Steuern schon fast ein Skandal, aber im weltweiten Wettbewerb der unterschiedlichen Sozialordnungen zählt ihr Gerechtigkeitsgehalt wohl noch mehr. Würde die Entfeudalisierung bzw. Entkapitalisierung der Bodenordnung gelingen, müßte die marktwirtschaftliche Ordnung gegenüber der kommunistischen Planwirtschaft gewaltig an Prestige gewinnen. Ebensolchen Rang wie diese Probleme der wirtschaftlichen Gerechtigkeit hat das Problem der Befreiung der Orts- und Landesplanung vom Druck der Bodenrenten-Interessen, damit unsere Umwelt menschenwürdiger gestaltet wird, als es in der Neuzeit gelungen ist.

Zielt man auch auf die Lösung dieser beiden Problemkomplexe ab (wegen weiterer Einzelheiten verweise ich auf meinen schon zitierten Aufsatz) dann kann man Richard (der diese Probleme am Rande auch erwähnt, vgl. S. 243) nicht darin folgen, daß der Teil der Bodenrente, der zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte nicht benötigt wird, den privaten Grundstückseigentümern verbleiben solle (S. 177). Wenigstens dieser Teil der Bodenrente ist auf die gesamte Bevölkerung nach Köpfen zu verteilen.

Diese Kritik an den von Richard vertretenen Ansichten und der Art der Darstellung wird hoffentlich niemanden davon abhalten, sein wertvolles Buch zu lesen. Man kann sehr viel von ihm lernen, auch wenn man die Vorschläge Henry Georges gut kennt. Allein seine unermüdlichen Auseinandersetzungen mit allen Kritikern der Thesen Henry Georges machen die Lektüre lohnend, insbesondere die ausführlichen Stellungnahmen zu den Problemen der Überwälzbarkeit und praktischen Handhabung der Bodenwertsteuer, die in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion stets große Klippen sind. Und wer da meint, in der Sache schon alles zu wissen, der stelle sich Richards Kritik an vielen bodenreformerischen Unsitten, wie z. B. der Verteufelung der Bodenrente; die Bodenrente hat eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion und ihr Steigen ist nur zu begrüßen! Warum wohl? Die äußere Aufmachung des Buches ist sehr befriedigend; nur fehlt ein Sach-

register. Aber die vielen Verweisungen im Text und das zu einem Namensregister ergänzte Literaturverzeichnis ermöglichen doch ein relativ rasches Auffinden gesuchter Punkte. Das Hauptliteraturverzeichnis führt fast 500 Namen mit z. T. mehreren Werken an. Dazu kommt ein Verzeichnis von Ergänzungsliteratur mit über 250 Namen. Zusammen eine wertvolle Bibliographie zur Bodenfrage! Wegen dieses begrüßenswerten Aufwands und der vielen Zahlen, Tabellen und Diagramme mußten die Herstellungskosten sehr groß sein. Andererseits dürfte der Markt für ein solches Buch leider nicht breit sein. Bei 272 Seiten auf bestem Papier und sehr stabil in Leinen gebunden ist der Preis von 39,50 DM daher im Vergleich zu anderen Fachbüchern nicht überhöht. Wer an der Bodenfrage ernsthaft interessiert ist, sollte den Preis nicht scheuen!

Vielleicht findet sich auch ein Mäzen, der dem SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG die Anschaffung eines oder gar mehrerer Exemplare für die Schulung des bodenreformerischen Nachwuchses ermöglicht? Bei solchen Büchern ist leider zu befürchten, daß sie nach einigen Jahren (es ist schon 1960 erschienen!) nicht mehr im Buchhandel zu haben sind.

Assessor Eckhard Behrens

Broschüre zum Stabilitäts- und Wachstumsgesetz

Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft wird in einer Broschüre erläutert, die das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gerade veröffentlicht hat. Die Schrift, die für den interessierten Laien bestimmt ist, enthält neben dem Gesetzestext eine Darstellung des Hintergrunds und des Werdegangs des Gesetzes sowie eine Kommentierung seines Inhalts.

Die Broschüre wird auf Anforderung von der Pressestelle des Bundeswirtschaftsministeriums, 53 Bonn, Postfach, Telefon 306-2073, kostenlos versandt.

(BMWi)

Assessor Eckhard Behrens

Hans Kühn – Der Einfluß des Geldes auf die Geschichte der Menschheit

Zu beziehen durch die Buchdruckerei Hans Drake, 336 Osterode-Petershütte

Diese Schrift betrachtet das Gemeinschaftsleben der Menschheit aus einer ungewöhnlichen Perspektive.

Während noch heute der Geschichtsablauf mit seinen in gewissen Zyklen wiederkehrenden Krisen und Kriegen als unabänderliche und unausweichliche Schicksalsfügung angesehen wird, ermöglichen neuere Erkenntnisse der Biologie, der Physik und besonders der Psychologie in ihrer Zusammenfassung und Anwendung auf den Wirtschaftsorganismus ein anderes Vorverständnis für die geschichtliche Ereignisfolge der Vergangenheit und Gegenwart. Besonders eindrucksvoll ist in dem Buch von Kühn die Darstellung der mittelalterlichen „revocatio monetarum" als Konjunktur-Stimulans.

Wie in anderen Wissenschaftsbereichen, so beginnt auch hier eine veränderte Denksphäre das bisher unbegründete Geschehen aufzuhellen und die ursprungbildenden Kräfte folgerichtig zu beweisen.

John Maynhard Keynes und die noch unerfüllte Revolution der Volkswirtschaft*

John Maynard Keynes, der englische Volkswirtschaftler, der den Mut zur Sachlichkeit besaß, nach dem Vertrag von Versailles auf die Unsinnigkeit, ja Bösartigkeit dieses nicht Frieden schaffenden Vertragswerkes hinzuweisen, hat nicht nur die Volkswirtschaft revolutioniert, sondern tiefer das Weltbild und das Denken der Gegenwart beeinflußt, als es im populären Bereich sichtbar geworden ist. Seine Schülerin Joan Robinson hat treffend charakterisiert, warum die Gedanken von Keynes wenig geeignet waren, in die Breite der öffentlichen Meinung zu wirken, wenn sie sagte: „Die keynesianische Revolution hat die alten einschläfernden Lehren vernichtet. Wir befinden uns in der unbehaglichen Zwangslage, selbst nachdenken zu müssen." Keynes gibt nicht nur keine billigen Rezepte und Programme, sondern er führt an Erkenntnisse heran, aus denen heraus die tatsächlichen gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Entwicklungen immer wieder geistesgegenwärtig neu geordnet werden müssen. In diesem Sinne hat auch Rudolf Steiner auf Keynes hingewiesen, als er seine sozialen Grunderkenntnisse zur „Dreigliederung des sozialen Organismus" vortrug. Auch Steiner verlangte das selbständige Schöpferisch-Werden, angeregt durch eine erkenntnismäßige Durchdringung der sozialen und wirtschaftlichen Lebensphänomene.

Da das grundlegende Werk von Keynes, das in seinem Todesjahr 1946 erschien, die „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes", für Fachleute geschrieben und dem Laien schwer zugänglich ist, muß man es als Verdienst der Zeitschrift „Fragen der Freiheit"** ansehen, daß sie sich mit einer Studie über Keynes zu seinem Dolmetscher macht. Gerade weil heute das Kulturleben in seiner Freiheit wie auch das Staats- und politische Leben in seiner demokratischen Gleichberechtigung vom Ökonomischen her durch Katastrophen und schleichende Machtimpulse bedroht werden, ist die Beschäftigung mit Keynes wichtig, auch für den Laien, der sich verantwortlich mitdenkend und mithandelnd in seine Zeit stellen will. Aus diesem Grunde sei auf die Veröffentlichung in „Fragen der Freiheit" hingewiesen.

v. K.

---

* aus „Erziehungskunst", Heft 7/8 1967, Stuttgart, Haußmannstraße 44

** J. N. Eberhard, die keynesianische Revolution, 1. Teil in „Fragen der Freiheit, Schriftenreihe für Ordnungsfragen der Wirtschaft, des Staates und des kulturellen Lebens", Folge 59, Pfingsten 1967. Zu beziehen über: „Fragen der Freiheit", 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfgang-Straße 13b, Ruf 669.

Ankündigung

Vom 3. 9. 1968 bis 7. 9. 1968 findet statt in CH St. Gallen/Schweiz die diesjährige internationale Tagung der

Henry George School of Social Science

50 EAST 69th STREET, NEW YORK, N. Y. 10021
Telephone: RHinelander 4-8700

Vorläufiges Programm:

Heinrich Richard: 1) Der Beweis für Henry Georges Steuerreform
2) Die Geschichte der Bodenfrage

Philipp Knab: Bau- und Wohnungswesen

Pavlos Giannelias: Schwierigkeiten in der Lösung der Bodenfrage

Hermann Kocher: Urteil eines Kursabsolventen aus der Schweiz über die Theorie Henry Georges

Robert Clancy: Begrüßungsansprache anläßlich des Banquetts

William Buhr: Die Entwicklung der Henry George Schule

Ilse Harder: Die Entwicklung der Internationalen Abteilung der Henry George Schule

Auskunft bei obiger Adresse.

JENSEITS VON MACHT UND ANARCHIE

Die Sozialordnung der Freiheit

VON DR. HEINZ-HARTMUT VOGEL

1963. 156 Seiten. Kartoniert DM 24,—, Leinen DM 27,—

Verlags-Nr. 051020

Zweierlei dürfte neu an diesem Beitrag zur Ordnungssoziologie sein: Die längst fällige erkenntnistheoretische Rechtfertigung des Freiheitsanspruches des Menschen und die konsequente *ordnungspolitische* Anwendung der so gewonnenen Grundsätze auf die Gebiete des wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Lebens. Der Verfasser behandelt das Thema ganz vom Grundsätzlichen her. Zugleich gewinnt jedoch das bei aller Knappheit der Darstellung flüssig geschriebene Buch insofern höchst aktuelle Bedeutung, als es die tieferen Ursachen der historischen und gegenwärtigen Spannungen zwischen der kollektivistischen Gesellschaftsideologie und dem traditionellen Liberalismus aufzeigt und Lösungen zu ihrer Überbrückung anbietet. Wer die soziologischen — auch die kultursoziologischen — Fragen unserer Zeit mit wachem Blick verfolgt und sich um die zukünftige Gestaltung der Lebensverhältnisse sorgt, wird mit Interesse nach dem Buch greifen.

WESTDEUTSCHER VERLAG

KÖLN UND OPLADEN

Druckkostenbeitrag: Zwecks Vereinfachung der Buchhaltungsarbeit werden die Leser von „Fragen der Freiheit" gebeten, wenn möglich, den Druckkostenbeitrag jeweils für mehrere Folgen zu übersenden. Besten Dank!

Die Schriftenreihe „Fragen der Freiheit" erscheint als privater Manuskriptdruck sechsmal im Jahr, und zwar alle zwei Monate. Sie verbindet die Freunde des „Seminars für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur" (Sitz: 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfgang-Straße 13b) miteinander. Wirtschaftliche Interessen sind mit der Herausgabe nicht verbunden. Der Druckkostenbeitrag ist so bemessen, daß sich die Schriftenreihe gerade selbst trägt.

Herausgeber: Dr. Lothar Vogel, 79 Ulm/Donau, Römerstraße 97

Bezugspreis: für das Einzelheft Richtsatz DM 2,50, für das Doppelheft DM 5,—

Bezug: „Fragen der Freiheit", 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfg.-Str. 13b, Tel. (0 67 53) 6 69

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur, Bad Kreuznach, 6554 Meisenheim, Konto-Nr. 261 404 Postscheckkonto Frankfurt a. Main.

Banken: Volksbank Meisenheim Konto „Fragen der Freiheit" Nr. 5611 – SAG-Konto 7474 bei SAG-Verein (Selbsthilfe auf Gegenseitigkeit), 8228 Freilassing, Vredestraße 7

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers

Druck: Jung & Co., Bad Kreuznach, Am Kornmarkt